

Die „Volkswacht“
erschließt sich dem Leser
und ist durch die
Ergebnisse ihrer Expeditionen, die
nach dem Reichstage zu berichten,
Preis der Expeditionen 1917. 1.50,
pro Band 1.00.
Durch die Post bezogen 1917 1.50.
Preis und Post 1917 1.99.
Im Jahre 1917 am 1. 1.50.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Verantwortlicher
Redakteur für die Expeditionen
Karl Müller
für Expeditionen, Posten und
Veranstaltungen
15. 11. 1917
Karl Müller
Karl Müller
Karl Müller

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 279.

Freitag, den 29. November 1907.

18. Jahrgang.

Der Philister in Wut.

Bei der jüngsten Reichstagswahl verdankten die bürgerlichen Parteien ihren Erfolg zumeist dem Aufschwung derer, die über politische Dinge nicht nachdenken und sich deshalb bis dahin am politischen Leben nicht beteiligt und insbesondere von Wahlen ferngehalten hatten. Der Philister war es, der den Blockpartei den Gefolgschaft leistete. Wir prophezeiten schon damals, daß diese Aufschwung letzten Endes doch wieder der Sozialdemokratie zugute kommen werde, und die Entwicklung nach dieser Richtung hin ist im Gange.

Selbstverständlich denkt der Philister zunächst nur an sich selbst. Aber die Zustände im Deutschen Reich sind denn doch derart, daß schon dieses geringe Maß von Denken ihn notwendig zwingt, zuerst mit der Nase auf die wahren Ursachen seiner wie der allgemeinen Bedrängnis zu stoßen.

Als das typische Vorbild eines Philisterblattes darf der „Berliner Lokal-Anzeiger“ des Herrn Scherl angesehen werden. Er ist „unparteiisch“ in dem Sinne, daß er nach Kräften der Sozialdemokratie entgegenarbeitet, und zwar mit dem einzigen Mittel, das vielleicht einigen Erfolg haben kann, nämlich indem es nach Möglichkeit dem Leser das eigene Denken abgewöhnt. Dadurch ist es denn auch glücklich das Leitblatt aller Denksäulen geworden. Es will also viel besagen, wenn nun sogar schon das Lesepublikum dieses Blattes wild zu werden beginnt.

Was es den Lesern des „Lokal-Anzeiger“ angetan hat, ist selbstverständlich die allgemeine Teuerung. Und ebenso selbstverständlich haben diese armen Leute den vorläufig keine Ahnung von den Ursachen dessen, was sie drückt. Sie suchen die Schuld ganz einfach bei denen, an die sie die höheren Preise zahlen müssen. Wir haben also nur erst das erste Symptom beginnenden Nachdenkens vor uns, und zweifellos wird ein großer Teil von ihnen nach kurzer Aufregung wieder in den gewohnten Stumpfsein zurückfallen. Aber bei einem anderen Teil wird hoffentlich die Saat der besseren Erkenntnis aufgehen.

Zwei Wunden sind dem Berliner Publikum auf einmal geschlagen worden: eine allgemeine Erhöhung der Preise für Wäsche und Plätten und eine ebensolche Erhöhung der Milchpreise. Natürlich sind dem schon viele andere Verteuerungen vorausgegangen, so zum Beispiel die der Fleischpreise und der Backwaren. Diese unaufhörliche Erschwerung des Lebensunterhalts beginnt die ärmere Bevölkerung allmählich zur Verzweiflung zu treiben. Der „Lokal-Anzeiger“ teilt mit, daß ihm für seinen Sprechsaal eine Fülle von Zuschriften aus dem Leserkreise zugegangen sei, die von der großen Aufregung zeugen. Einige davon gibt er wieder. Da steht „eine Hausfrau“:

„Mögen die Herren Milchhändler ein groß und ein detailliertes sagen, was sie wollen, die Verteuerung der Milch war kein notwendiges Übel und erklärt sich eben nur aus der Verteuerungssucht...“

teuerungssucht... Nun wiederum eine Erhöhung der Wäsche- und Plättpreise, und zwar um 25 bis 30 Prozent... Grund oder besser Vorwand, ja ich sage und schreibe Vorwand zu dieser Steigerung: Verteuerung des Stoffs, der Stärke, Seife und was sonst noch. Ich finde diese Gewaltmaßregel ganz unerhört und durch nichts begründet... Kann denn diesen gewalttätigen und übertriebenen Verteuerungen nicht irgendwie ein Riegel vorgeschoben werden?“

Und „ein Junggeselle“ schilt wie folgt:

„Ich war empört über die Steigerung der Wäsche-Preise. Mein ganzer Zorn richtete sich gegen diejenigen, die diese Preis-erhöhung veranlaßt haben. Die Wäschermeister — so hieß es in der Erklärung — müßten „abwürgen“... Einer schraubt den anderen, und die Leidenden sind die, die nicht schrauben können. Ich habe seit Jahren meine feste Stellung und beziehe ein Gehalt, das bis jetzt auskömmlich war. Nun aber... ist es das nicht mehr... Ich muß alles und jedes feiner bezahlen, an eine Gehaltszulage aber ist nicht zu denken, denn meine Prinzipale setzen selbst über den Kopf der Personalverringerung. Und ich stehe allein, bin ledig, habe für niemand zu sorgen. Ja, um des Himmels willen, was machen denn da die „am liebsten“ die Leute mit einer Schaar von Kindern, die armen Witwen, die sich und ihre Kinder mühsam durchs Leben schlagen müssen?“

Und worauf führt der „Junggeselle“ die Teuerung zurück? Auf die „Art, wie die Not von mancher Seite zur Erzielung eines größeren Gewinnes ausgenutzt wird.“

Dann folgt eine Reihe von Klagen über die Milch-Teuerung, die jemand davon herleitet, daß die großen Molkereien „für ihre schöne Salonstube bauten“, statt daß früher „das Milchmädchen aus Schöneberg“ die Milch brachte. Der echte Philister-Gedankengang! Früher gab's nur kleine Milchhändler und die Milch war billig, heute gibt's neben den kleinen auch große Molkereien mit teuren Anlagen und die Milch ist teuer — also ist die Teuerung eine Folge und Wirkung der großen Molkereien! Als ob nicht durch das von den Molkereien stark vermehrte Angebot sowie durch die größere Produktivität der teuren Anlagen der Preis hätte sinken müssen, wenn nicht — ja wenn nicht unsere Agrarier und unsere Reichspolitik mit ihren künstlichen Verteuerungen da wären!

Denn das ist nun eben das Bezeichnende. Alles, worüber hier die Leser des „Lokal-Anzeiger“ klagen, ist von der Sozialdemokratie vorausgesagt worden. Schon 1902 beim Kampf um den Zolltarif, dann 1903 beim Reichstags-Wahlkampf, 1904 und 1905 bei Gelegenheit der Handelsverträge, 1906 als die Handelsverträge in Kraft traten, und endlich 1907 wieder bei der Reichstagswahl. Aber die Leser des „Lokal-Anzeiger“, wie die der gesamten „unparteiischen“, „General-Anzeiger“- und Amtsblattpresse haben nichts davon erfahren! Nicht nur von der Sozialdemokratie erfahren sie nichts, sondern auch über die wahre Bedeutung und Tragweite der politischen Maßnahmen der Regierung haben ihre Leitblätter sie nicht aufgeklärt. Und so erlebte man das Unglaubliche, daß dieselben Leute, aus deren Haut die Agrarier Riemen schneiden, im Januar dieses Jahres Mann für Mann an die Wahlurne getreten sind, um die agrarische Politik der Regierung herauszuheulen! Wir sehen ihn ordentlich vor uns, den „Junggesellen“, der über die teuren Wäsche-Preise schimpft, wir sehen ihn vor uns, wie er voll heiligen Zornes über die „vaterlandslose“ Sozialdemokratie die gewohnte Trägheit abgibt und einen „Kassier-erhaltenen“ Stimmzettel abgibt. Und nun er sich selbst die Riemen gebunden hat, wundert er sich, daß man ihm das Fell gerbt!

Die Zusammenhänge, um die sich's hier handelt, sind so schwer nicht zu verstehen. Wenn durch Zölle fast alle Rohstoffe absichtlich verteuert werden, so versteht sich's von selbst, daß zunächst die Waren, die von diesen Rohstoffen hergestellt werden, ebenfalls im Preise steigen, und zwar nicht nur um den gleichen Betrag wie die Rohstoffe, sondern um mehr, weil noch der Kapitalprofit dazu kommt. Sind die Waren teurer, so müssen viele Leute ihren Bedarf einschränken, die Geschäfte gehen schlecht und die Not wird allgemein. Man braucht in der Tat nur die Reden und Artikel der Sozialdemokraten aus der Zeit des Kampfes um den neuen Zolltarif (1902 und 1903) herbeizuholen, da findet sich das alles im Voraus beschrieben. Indessen liegen diese Zusammenhänge so auf der Hand, daß der „Junggeselle“ und seine Lebensgenossen sie wohl auch selber merken würden, wenn sie nur die Unterlagen, das heißt den wahren Inhalt derartigen Geschehnisse, zu erfahren bekämen. Das kriegen sie aber nicht. Vielmehr sieht die „unparteiische“ Presse ihre Aufgabe darin, durch Klatsch und Sensation das Publikum von der Beschäftigung mit ernstlichen politischen Dingen abzuhalten. So kommt es, daß ihre Leser in der Teuerung nichts weiter sehen, als eine Folge der „Verteuerungssucht“.

Man sieht, wie notwendig es ist, daß die arbeitende Bevölkerung die sozialdemokratische Presse liest, anstatt ihr Geld den sogenannten unparteiischen Blättern zuzuwenden, die in Wahrheit garnicht unparteiisch sind. △

Politische Ueberflucht.

Landgerichtsdirektor und sozialdemokratische Stadtverordnete. Im badischen Landtage hat der Landgerichtsdirektor Friesen über die Sozialdemokratie ein Urteil abgegeben, das Anhänger wie Gegner unserer Partei interessieren muß. Er sagte wörtlich:

„Jetzt ist es so weit her in Karlsruhe, daß in der Vertretung der 3. Klasse 32 Sozialdemokraten sitzen. Ich muß dem Herrn das Zeugnis geben, daß sie viel besser als so mancher kurzsichtige Gewerbetreibende, wie die Städte sie auch vielfach bergen, die Sache verstehen, daß sie mit dem Bildungstrieb der Arbeiter sich über alle maßgebenden Fragen zu unterrichten suchen, daß sie auch den Mut haben, vor jedermann ihre

Das Fest in Coqueville.

Von Emile Zola.
Deutsch von Henriette Dévidé.

11) (Fortsetzung und Schluß.)

Herr Mouchel fuhr bis Robianeur, wo er den Wagen warten ließ, denn es wäre ein gefährliches Waagnis gewesen, die Engpässe und Schluchten, die man passieren mußte, um nach Coqueville zu gelangen, zu durchfahren.

Herr Mouchel schritt müchtig aus, denn er hatte etwa sieben Kilometer zurückzulegen, auf den schlechtesten Wegen oben-drein. Die Gegend ist von wilder Schönheit; zwischen hohen Felswänden, die bis in den Himmel hineinragen scheinen, führt der Weg unter fortdauernden Windungen abwärts und er ist stellenweise so schmal, daß kaum drei Männer Platz hätten, nebeneinander zu schreiten. Weiterhin zieht der Weg an Abgründen vorbei und plöcklich öffnet sich der Engpaß und gewährt einen Ausblick auf das Meer und den unendlich blauen Horizont. Aber Herr Mouchel war nicht in der Gemütsverfassung, um die Landschaftlichen Schönheiten bewundern und genießen zu können. Er dachte, so oft ein Stein ihm unter den Füßen ins Rollen kam. „Verwünschter Weg!“

Daran war auch Coqueville schuld, zu all dem Verdruß, den er dieser Route wegen schon gehabt hatte. Na, die Burthen machten sich freuen, er würde ihnen gehörig zum Tanze aufspielen, der nichtsnutzigen Müßiggängern!

Indes er solches bei sich dachte, näherte er sich seinem Ziele immer mehr und plöcklich bei einer letzten Biegung um die Felsen lag das Dörfchen vor seinen Augen. Die etwa zwanzig Häuser, aus denen es bestand, hingen da vor ihm an der Flanke der Felsklippe.

Eben schlug es neun Uhr. Das Wetter war herrlich, man glaubte sich in den Juni versetzt. Willenlos und tiefschlafspannte sich der Himmel, die Luft war rein und strahlend von goldigem Sonnenlicht durchsetzt und vom Meere stieg ein würziger, erfrischender Hauch auf.

Herr Mouchel betrat die einzige Straße des Dorfes, in dem er schon einmal gewesen, und da er daher das Haus Notopfs kannte, so trat er dort ein.

Das Haus war leer. Er blickte zu Fouasse, zu Lupain und Brisemotte hinein: die Türen standen alle offen, die Hütten waren leer.

Was mochte das bedeuten? Ein Schauer durchrieselte Herrn Mouchel. Er dachte an die Behörde. Gewiß der Feldhüter würde ihm die Sache erläutern können. Aber vom Kaiser war nirgends eine Spur;

auch sein Häuschen war leer. Dies stille, ausgestorbene Dörfchen stieß Herrn Mouchel Empfinden ein. Schnell lief er zum Maire. Hier aber sah es am ärgsten aus: die Betten waren ungemacht, das Kochgeschirr stand und lag ungeräumt umher, die Stühle lagen auf dem Boden, als hätte eine Schlacht stattgefunden.

Herr Mouchel konnte sich keine Vorstellung machen, was hier vorgegangen sein mochte, eine Erdumwälzung vielleicht? Indes hatte er noch eine geringe Hoffnung, der Pfarrer! Der wird doch nicht auch verschunden sein!

Aber auch Kirche und Pfarrhaus waren leer. Von Pfarrer ebensovwenig eine Spur wie vom Maire.

Die Obrigkeit, ja sogar die kirchliche Gewalt, waren verschwunden!

Das arme Dörfchen war vollkommen entvölkert: nicht eine Katze oder ein Hund waren zu erblicken. Nichts Lebendiges, nicht einmal das Geflügel: die Hühner sogar waren ausgewandert.

Nichts regte sich und unter dem weiten blauen Himmelzelt lag Coqueville regungslos, leer, ausgestorben. Vorkamend, da war's freilich kein Wunder, wenn Coqueville keine Fische zu Markte brachte. Coqueville war ausgewandert, Coqueville war tot.

„Ja“, sagte sich Herr Mouchel, den diese geheimnisvolle Katastrophe höchlichst aufregte, „da muß sogleich die Polizei verständigt werden.“

Aber er kehrte nicht sogleich zurück, um seinen interessanten Bericht nach Grandport zu bringen, es trieb ihn vorwärts, hinab zum Strande.

Und da stieß er einen Schrei der Ueberraschung aus!

Mitten auf dem Sande hingestreckt lag die ganze Einwohnerschaft von Coqueville! Zuerst dachte er, es habe ein allgemeines Gemetzel stattgefunden, allein sonore Schnarchtöne belehrten ihn eines Besseren.

Coqueville hatte das Sonntagsfest so weit in die Nacht hinein ausgebeht, daß es sich in einem Zustand abplauer Unfähigkeit heimzukehren befand. Und da lagen sie auf dem Sande. Sie lagen, wo sie eben hingefallen waren, im Kreise um die neun Fässer herum, die sie vollständig geleert hatten.

Ja, ganz Coqueville schnarchte hier, die Weiber, die Kinder, die Greise und die Männer. Der eine lag auf dem Bauche, der andere auf dem Rücken, ein dritter zur Regel zusammengekrümmt. Sie lagen alle durcheinander, wie in einer großen Schlafkammer und trugen in ihrem Mause vergnügte, seltsame Gesichtszüge.

Es war lust Neumond und die Nacht stockfinster gewesen, die guten Leute von Coqueville hatten wohl geglaubt zu Hause im Bette zu liegen und ihre Herzen verlohnt zu haben. Im Dunkeln schläft sich's gut. Aber der Tag grante, die Sonne stieg auf, immer höher und höher, und jetzt richtete sie ihre

strahlenden, heißen Geschosse auf die Schläfer — aber keiner zuckte auch nur mit den Lidern.

Sie schliefen so fest und tief, als wollten sie sobald nicht erwachen.

Einen Augenblick lang schritt Herr Mouchel mitten durch sie hindurch, wohl achtend, daß er niemand trete.

Da lagen nicht nur Menschen, sondern auch Hühner, Hunde und Katzen. Die Tiere waren gleichfalls betrunken, lagen wie tot da und streckten die Flügel wie sich.

Die Hühner machten am frühen Morgen, weil niemand ihrer acht hatte, auf den Strand herabgekommen sein und an den Küstern gepickelt haben. Katzen und Hunde hatten wohl die von Zucker rieselnden Gläser und Tassen ausgeleckt. Und jetzt schliefen sie alle!

Herr Mouchel lächelte. Sein Zorn war vollständig veriraucht. O, jetzt beirrt er alles. Auch in Grandport hatte man Fässer, die von dem Schiffsbruch eines englischen Seglers stammten, ausgeleckt, und das machte ihm die Sache leicht erklärlich.

Er besah sich die Schläfer näher und kannte. Nein, welche rührenden und moralischen Schauspiel: die Wahe und die Fische hatten sich ausgeleckt, schliefen Seite an Seite, sogar die ärgsten Feinde hatten sich umarmt! Da lagen Fouasse und Lupain Hand in Hand, schnarchten um die Wahe und schienen noch vor dem Einschlafen sich zugedankt zu haben. Welch' rührende Brudertiefe! Sie sahen aus, als wenn sie ganz unfähig wären, sich wegen Erbchaftsangelegenheiten zu befehlen.

Ein noch amütigeres Familienbild boten die Eheleute Notopfs. Marie schlief in der Mitte, zur Rechten Notopfs, zur Linken Brisemotte, und sie lächelten im Schlafe alle drei, als wenn sie sagen wollten, von nun an sind wir alle drei ein Herz, eine Seele, eine Familie!

Eine Gruppe aber vor allem war's, die einen schönen, bewegenden, ja geradezu erhebenden Anblick gewährte: Margot und Delphin hielten sich umeinander umschlungen und schlummerten mit seltsamen Ritenen, Wange an Wange. In ihren Füßen quers über lag der Kaiser, als wollte er sie bewachen. Daneben lag Josp und schnarchte freudig als würdiger Vater, der hoch ist, seine Tochter zur Verheiratung zu haben, und der brave Pfarrer, der wie die anderen alle so lange getrunken hatte, bis er ungeschickter war, lag da zu Füßen des jungen Pöars mit ausgebreiteten Armen, als wollte er sie segnen!

Ja, die Gruppe war hübsch, beladens Margot, die im Schlafe ihr rosiges Gesichtchen vorstreckte, wie ein verlocktes Mädchen, das geschmeckelt sein will.

Das Fest hatte mit einer Gorgel geendet. — Auch Herr Mouchel vermischtete seinen Trank: er beladete später die Witwe Dusen und nahm seine Wahe nach Grandport.

Und heute noch spricht man von all dem in der Normandie und die Leute sagen lachend: „Ja, ja, das Fest in Coqueville!“

Meinung zu vertreten. Sie gehen von großartigen Gesichtspunkten aus als manche andere. Und wenn die Städte sich so neugierig entwickeln können, so darf man in jeder Hinsicht sicher sein, daß sie ein gut durchdachtes Projekt, sei es auf dem Gebiete der Schule oder auf materiellem Gebiete, man unter den Sozialdemokraten überzeuge und entscheidende Anhänger der Projekte findet.

Mit dieser verständigen und gerechten Würdigung vergleiche man nun die einfältigen und ungerechten Beurteilungen, welche die sozialdemokratische Bewegung von höheren preussischen Beamten erfährt. In Breslau würde ein so aufrechter und mutiger Mann wie Herr Friesen freilich auch bald Landgerichtsdirektor a. D. sein, denn hier ist das erste Erfordernis des Staatsbeamten die Sozialistenbekämpfung. Man vergleiche z. B. mit vorstehendem das großartige Verfahren des Breslauer Magistrats gegenüber den Arbeiterturnern.

Ein entscheidender Tag? Der Wahlrechtsantrag der Freisinnigen wird in der nächsten Woche auf die Tagesordnung des Abgeordnetenhauses kommen. Die Senioren des Hauses haben sich in diesem Sinne verständigigt.

Dieser noch unbestimmte Tag nächster Woche wird also — wenn Bülow gnädig ist — eine Erklärung der Regierung zur Wahlrechtsfrage bringen und weiter eine Entscheidung darüber, mit welcher Kraft Zentrum und Freisinnige ihre Programmforderungen durchzusetzen bereit sind. Das preussische Volk hört auf, mögen die Herren, die kein Mandat von ihm haben, ihre Meinung bekunden. Sie werden die politische Entwicklung nicht mehr lange aufhalten.

Die neue Polenvorlage, durch die der preussischen Regierung das Enteignungsrecht gegenüber dem polnischen Grundbesitz in den Provinzen Polen und Westpreußen verliehen werden soll, will den Anleihefondszins um dreihundert Millionen Mark erhöhen. Ferner soll der Regierung zunächst ein Fonds von fünfzig Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden, um größere Güter auf dem Wege der Enteignung mit der Bestimmung zu erwerben, sie im ganzen als Rentengüter gegen vollständige Schadloshaltung des Staates zu veräußern. Für die Einkäufe von Grundstücken für Domänen und Staatsforsten hält man 50 Millionen Mark für ausreichend. Die Beratung der Vorlage, deren einzelne Paragraphen wir hier nicht wiederzugeben brauchen, wird wahrscheinlich am Freitag im Abgeordnetenhause beginnen.

Als Gegenmaßregel gegen die Enteignungsvorlage wollen die Polen, wie man dem „Berl. Tageblatt“ aus der Provinz Polen schreibt, einen Massen-Bankrott der deutschen selbstigen Gutsherrn seitens russischer und galizischer Saisonarbeiter herbeiführen. Man will diese Leute teils zu Hause festhalten, teils nach Thüringen, Westfalen, Hannover, Bayern und Dänemark hinlenken. Auch die russischen und ungarischen Arbeiter hofft man in diese Bewegung hineinziehen zu können.

Gelegentlich erlaubter Wucher. Wie man ohne Mühe reich wird, kann man an dem Beispiel eines Herrn de Laube in Heppens bei Wilhelmshaven sehen, der in diesen Tagen den Rest seiner zu beiden Seiten der Fortifikationsstraße gelegenen Landstelle für 600,000 Mk. an den Reichsmarinestütz veräußert hat. Das ganze Terrain, von dem bereits früher für 200,000 Mk. Pläne abverkauft wurden, das also insgesamt 800,000 Mk. eingebracht hat, ist vor etwa 14 Jahren für circa 50,000 Mk. erworben worden. Sein Besitzer hat also in diesem kurzen Zeitraum 747,000 Mark daran „verdient“.

Dieser Grund- und Bodenwucher, der ganz allgemein ist und dem die Großstadtbewölkerung auch in der Gestalt unverhältnismäßig hoher Mieten usw. riesige Opfer bringen muß, ist viel verbreiteter als der Geldwucher, aber trotzdem gelegentlich erlaubt. Warum? Weil jene Wucherer in den gesetzgebenden Körperschaften tonangebend sind. — Wann wird das Volk dies endlich einsehen und sich durch geeignete Maßnahmen von diesen Parasiten befreien?

Für die Einheitschule. Die sozialdemokratische Fraktion hat im hiesigen Landtag wiederholt Anträge eingebracht, welche auf die Schaffung einer Einheitschule hinauslaufen. Der Petitionsausschuß der zweiten Kammer stellt sich auf den Standpunkt, daß neue Fortschulen nicht mehr gegründet und Staatszuschüsse für die bestehenden Fortschulen nicht mehr genehmigt werden sollen. Gewünscht wird ferner, daß der Übergang von den Volksschulen in die höheren Schulen erleichtert wird, die Aufnahmexamen sollten in Bezug kommen. Zum Antrag Ulrich und Grotzmann, betreffend die Einheitschule, erklärte die Regierung, daß die Reichsschulkommission zur Lösung dieser Frage nicht zuständig sei. Auch sei es nicht zweckmäßig, in Hessen jetzt bereits wieder Änderungen im Schulwesen vorzunehmen, nachdem erst in neuerer Zeit mancherlei Reformen erfolgt seien.

An Ausreden fehlt es den Bescheidenden nie, wenn sie sich zu einem vollstreblichen Wert entschließen sollen.

Mittelalterliches in Reich a. L. Aus Greiz (Reich a. L.) wird der Berliner „Vollzeitung“ geschrieben: Ein recht merkwürdiges Gesetz, das in unsere moderne Zeit nicht mehr hineingehört, hat noch im Fürstentum Reich a. L. Geltung. Dasselbe betrifft die unverheiratete Frauenperson, die geschlechtliche Begehrtheit, wenn sie in andere Umstände kommen, dieses Hinsicht bis zum vierten Monat der Polizeibehörde ihrer Aufenthaltsortes zu melden. So absonderlich das klingt mag, das Gesetz betrifft auch noch respektiert werden. Die Folge ist natürlich eine Menge von Verbrechen, denn wer weiß nicht die Anwendung aus Unkenntnis der Begehrtheit. Das Gesetz verlangt übrigens auch noch die Offenbarung von mancherlei Intimitäten, so hat zum Beispiel die Begehrtheit bei Vererbung einer Erbchaft von 2 bis 5 Jahren oder auch anderen Umständen die Meldung selbst zu erklären und den Namen ihres Liebhabers mit anzugeben. Sogar

die Personen, in deren Wohnung sich die in Frage kommende Frauenperson aufhält, sind bei Verweigerung einer Geldstrafe von 1 bis 5 Tälern verpflichtet, für die Anmeldung Sorge zu tragen. In unseren kleinsten Bundesstaaten scheint man übrigens selbst zu der Ueberzeugung gekommen zu sein, daß die im Jahre 1864 „nach vorübergehendem Mitleid und Landchaftlichem Belieben“ ins Leben getretene Bestimmung nicht mehr recht zeitgemäß ist. In vielen Strafzweigen hat wenigstens der Kaiserregent schon Gnade walten lassen.

Die Bestimmung wird aber nicht abgeschafft, weil es dem Verbrechen des Hochverrats gleichkommt, wenn man verhöflicht, und weil das Volk sich diese mehr wie vormärzlichen Aneinander noch gefallen läßt.

Kleine Vorträge. Aus Berlin schreibt man uns: Der Reichstag besaßte sich am Mittwoch mit ein paar Infolge der vorläufigen Auflösung unter dem Tisch gefallenen und jetzt wieder eingebrachten Vorlagen. Mit der ihm eigenen Temperamentslosigkeit brachte der Staatssekretär Niederding den Gesetzentwurf über die Erhebung der Vorforderungen ein. Es erhob sich ein mehr länger als erdächtlicher Streit zwischen dem Nationalliberalen Dr. Lunel, dem Zentrumsmann Mayer aus Mainz und dem schlichten Tischlermeister Pauli aus Potsdam über die westerwärtige Frage, ob Nationalliberale, Zentrum oder Monarchomane die erste Priorität gegeben haben. Der Reichspostleier von Dresden sah etwas großkapitulantisches Wasser in den Mittelwasserbecken des fraktionsbenachbarten Tischlermeisters. Die Freisinnigen stämpf und Lobe brachten selbstkritische Einwände vor, die freilich nicht in allen Punkten unrichtig waren. Genosse Wömelburg betonte die Notwendigkeit gesetzlichen Eingreifens und begründete in diesem Sinne das Gesetz als einen Fortschritt, machte aber auf die zahlreichen Mängel aufmerksam, die ihm anhaften. Speziell den Bauarbeitern wird durch dieses mittelständische Gesetz wenig genützt, wenn auch keine Zwangsmaßnahme für sie damit verbunden ist. Das Gesetz leidet an Jagdspezifität und vielfacher Unbestimmtheit. Der Pole Szuda äußerte die leider nicht überflüssige Versicherung, daß selbst in diesem Gesetze politischer Mißbrauch getrieben werden könne. Das Gesetz wurde nach einstimmigem Wunsch des ganzen Hauses an eine Kommission verwiesen. Donnerstags geht die Entscheidung los.

Derubung, der Gemütskur. Staatssekretär Dornburg hat bei seinem Aufenthalt in Deutsch-Ostafrika sich auch über das Strafsystem gegen die Eingeborenen persönlich informiert. In einem Bericht der „Mambara-Pol“, den die kolonialbegeisterte Presse abdruckt, heißt es:

„In Tanga beobachtete ich Dornburg zur Voma, wo er in der Schauplatz einen Einblick in das Strafbuch über die verbotenen Prügelstrafen tat. Dornburg ließ er sich nach der Katakomben führen, um selbst einmal einer Vollziehung der Prügelstrafe in unserer Kolonie bei zu wohnen. Vor seinen Augen wurde den neuen Vorschriften gemäß an mehreren zur Verurteilung Verurteilten die Strafe vollzogen. Die Prozedur spielte sich in der üblichen Weise ab. Der Staatssekretär überzeigte sich dann persönlich von der Wirkung der Hiebe und sonstigen Leiden, die zwei der (wie viel?) Verurteilten auf ihrem Geißelstreifen zu halten, die aber beim Darüberstreichen wieder verschwand, da es nur Staubstreifen, von den schmutzigen Kleiderlappen herab, zu sein sahen.“

Wollte Dornburg sich gründlich „informieren“, dann müßte er sich prägen lassen, nicht bloß zusehen. Vielleicht hätte er dann eine andere Meinung über die „Staubstreifen“.

Sozialdemokraten als Richter am Schwurgericht. Bei der in den nächsten Tagen beginnenden Schwurgerichts-Session in Augsburg fungiert Genosse Alois May, ein alter Parteiveteran als Geschworener. — Leider kündigen solche einzelne Schwaben noch keinen Sommer an.

Das „Geheimlager“ der russischen Revolutionäre. Ueber das Geheimlager der russischen Terroristen in Berlin schreibt die Polizei dem „Berl. Tageblatt“:

Die Nachforschungen der Polizei ergaben sich jetzt auf die Herkunft des mit Beschlag belegten weißen Papiers und auf den Käufer der Waffen. Der Berliner Vertreter der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik in Karlsruhe, von der die 15 Parabelkumpeln und 3000 Schießpatronen stammen, hat der Polizei mitgeteilt, daß die ganze Sendung auf die Bestellung eines gewissen Turlejew in Lüttich nach Belgien gegangen sei. Dieser Turlejew, der mit dem Warchawski in Verbindung stand, ist in Wirklichkeit ein Russe namens Bollaß, der vor sechs Tagen zusammen mit 20 russischen Anarchisten ausgewiesen wurde. Weiter ist ermittelt worden, daß in den letzten Wochen auf dem Hamburger Güterbahnhof zwei Kisten mit Waffen und Munition aus Serbien bei der deutsch-belgischen Grenze angekommen sind. Sie wurden von einer Berliner Expeditionsfirma an einen Schlossermeister im Norden Berlins expediert. Das Gewicht von 21 und 30 Kilogramm ist dasselbe, das die beiden im Geheimlager mit Beschlag belegten Kisten besitzen. Die Ermittlungen der Polizei gehen jetzt dahin, festzustellen, ob der dem Namen nach betraute Schlosser selbst Empfänger von Waffen war oder ein in seinem Hause wohnender Russe.

Das Papier mit dem Papierstreifen ist zur Begleichung durch Sachverständige der Börse, der Reichsdruckerei und einer Berliner Papiergroßhandlung vorgelegt worden. Das Urteil ging dahin, daß das Papier deutschen Fabrikates sei, aber ausschließlich in Rußland zur Herstellung von Obligationen, Aktien und Staatspapieren gebraucht werde. Die Fabrik, in der das Papier hergestellt ist, konnte nicht ermittelt werden. Das Papier wird auch zur Begleichung nach Rußland geschickt werden. Seine Verwertung wurde in dieser Sache der Expedient des „Vorwärts“, Eugen Ernst, vernommen. Er festsetzte, nichts zu wissen. Das ihm vorgelegte Papier konnte er nicht. Er konnte auch, soviel ihm bekannt, nicht aus der Vorwärts-Druckerei. Auf die Vernehmung des Reichstagsabgeordneten Fischer, des Expedienten des „Vorwärts“, ist verzichtet worden, dagegen soll das Personal des „Vorwärts“ über das Papier vernommen werden.

Die Parabelkumpeln lösen das Ziel 1200 Mark, die ganze Sendung hätte demnach einen Wert von 1700 Mark.

Nach dem „Berl. Hörjournal“ sind auf dem Tagelager Schießpatronen Sprengversuche mit den bei dem russischen Sozialdemokraten Wirski kürzlich gefundenen Fernzündern ausgeführt worden, die sich dabei als „überaus stark“ erweisen. Ferner wurden mit einigen Wirski'schen Sprengkörpern Versuche gemacht. Ein Apparat wurde in einer 15 Zentimeter hohen und 10 Zentimeter weiten Bleimantel eingeschweißt, den man dann fest einpackte. Als man die Kapsel elektrisch zur Explosion brachte, weitete sich der feste Hohl zu aus, daß sich innen eine Kugel von etwa 50 Kubikzentimeter bildete, ein Beweis für die außerordentliche Sprengkraft der Kapseln.

Der gekürzte liberale Block in Baden. Die zweite Kammer wählte zum ersten Präsidenten den Abgeordneten Fehrenbach (Zentrum) mit 30 gegen 26 Stimmen, die auf den national-liberalen Abgeordneten Geheimer erwählten. Die Sozialdemokraten gaben weisse Hittel ab. Mit dieser Wahl hat das Zentrum zum ersten Mal in Baden den ersten Präsidenten in der Kammer ernannt. Da die Nationalliberalen den sozialdemokratischen Abgeordneten nicht mehr wählen wollten, fielen sie konsequenterweise selbst durch.

Eine katholische Adelpartei. Als weitere Folge der national-katholischen Sonderbewegung bei dem letzten Reichstagswahl hat sich jetzt der „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ zufolge

eine „Deutsche Vereinigung“ gebildet mit Bonn als Standort. An der Spitze steht der Oberpräsident von Schottener. Der Vereinigung gehört der katholische Adel des Rheinlandes und Westfalens an, ferner evangelische und katholische Universitätsprofessoren und Geistliche, die sich unter dem preussischen Regime wohl fühlen.

Stadtverordnetenwahltag in Athenow. Bei den Wahlen zum Stadtparlament wurden vier Genossen mit 960 Stimmen gewählt. Die Gegner erhielten 800 Stimmen.

Das preussische Herrenhaus trat am Mittwoch zu einer kurzen geschäftlichen Sitzung zusammen. Gestern hatte es sich sehr altes Kräftchen, den Dammerschen Affären zu Tode und Amphyhausen, den Brandenburgischen Junker und bekannten Hohen gegen das Reichstagswahlrecht Freiherrn von Mantuffel und den abgefallenen kleiner Oberbürgermeister Dr. Beder wieder gewählt. Herr Amphyhausen ist seit längerer Zeit krank und bleibt vorläufig auch dem Herrenhause fern; aber bei der dringenden Angelegenheit, die auf dieser Session des englischen Oberhauses ruht, hat das nichts zu sagen. Die heutige Sitzung war eigentlich nur zu dem Zwecke einberufen, um den wenigen erkrankten oder abwesenden Mitgliedern mitzuteilen, daß auf einige unterthänigste Gratulations- und Beileidsgramme zu irgendwelchen Familienereignissen irgendwelcher deutscher Potentaten, die süßlichen Panesantworten eingegangen seien und daß das Herrenhaus nach ihrer Entgegennahme sich auf inabsehbare Zeit wieder seinem irdischen Schimmer ergeben könne. Herr Bülow soll Wert darauf legen, daß auch das Herrenhaus nach der Reichstagswahl die Plenarsitzung annimmt. Ob aber die geborenen Gesetzgeber sich deshalb in diesem Jahre noch einmal nach Berlin bemühen werden, ist sehr zweifelhaft, wahrscheinlich tritt das Herrenhaus erst nach Neujahr wieder zusammen.

Reichstagsabgeordneter Reichsminister? Ein Gericht will wissen, daß sich der ehemalige Reichskommissar Karl Peters um ein möglicherweise freizubehaltendes Reichstagsmandat zu bewerben gebente. Die „Nationalist. Korresp.“ breitet sich zu bemerken, daß die nationalliberale Partei diesen Bestrebungen des Dr. Peters vollkommen fernsteht. — In den Reichstags tagen gehört der Teure noch hinein!

Abschied General der Infanterie. Graf Bischoff von S. Stadt, Kommandeur des 19. (Königl. Sächsischen) Reservekorps, ist nun auch durch königliche Kommando vom dieser Stellung entlassen worden. Sein Nachfolger ist der Artilleriegeneral von Kirchbach.

Volksgerechter. Bei der Landtagswahlwahl in Labiau-Wehlau, wurden im ganzen 316 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf den Landrat a. D. Burghard (Mübler) 194, auf v. Mallow-Barnhagen (kons.) 122 Stimmen. Unter dem Dreiklassenwahlsystem können sich Mübler und Konservative noch den Luxus von Sonderlandtagsmandaten leisten.

Zentrum-Verärgerung in Bayern. Im bayerischen Landtag kam es heute zu einer Auseinandersetzung zwischen dem Abg. Schäbler und dem Reichsminister. Auf Beauftragungen aus dem Hause beim Justizminister erklärte der Kriegsminister, daß bei der geringen Bevölkerungszunahme, bei der Bayern pro Bataillon noch sechs Mann hinter der Statistik der anderen Bundesstaaten zurückbleibe, an einer Reduktion der Strafanstalten festhalten zu werden müßte. Abg. Schäbler (Zentr.) sprach daraufhin dem Kriegsminister gegenüber von S. B. K. K., worauf dieser erwiderte, er habe lediglich auf die Befugnisse der obersten Kommandobehörde hingewiesen. Die Folge dieses Zusammenstoßes war, daß das Zentrum die Regierungsentwürfe von 20,000 St. für Personalvermehrung beim Heeresangehörigen Nürnberg ablehnte.

Aufhebung des Schulgebots. Der Gemeinderat des ober-sächsischen Städtchens Hünigsen hat in seiner letzten Sitzung mit großer Mehrheit den Beschluß gefaßt, das Schulgebot für die Volksschulen aufzuheben. Gleichzeitig wurde eine Aufbesserung der Gehälter der Gemeindebeamten und Lehrer beschlossen. Es muß bemerkt werden, daß der Hünigser Gemeinderat über eine starke sozialdemokratische Fraktion verfügt.

Gesundheitspflege durch die Kommune. Goeben hat die Stadt Colmar (Oberrhein) nach dem Winter von Straßburg eine Schulgesundheitsklinik eröffnet. Die Klinik ist so reichlich ausgestattet, daß sie allen Anforderungen der Wissenschaft genügt. Die Leitung ist einer Zahnärztin übertragen worden.

Parlamentarische Nachrichten. Dem Reichstage ist die Novelle zum Viehschutzgesetz nebst Begründung zugegangen. — Der Entwurf über die deutsch-englischen Handelsbeziehungen wird dem Reichstage am Ende der Woche zugehen. Er verlängert das bestehende Provisorium.

Ausland.

Die revolutionäre Bewegung in Indien. Prof. Dr. Rodolphe Broda-Paris schreibt in den „Vol. des Fortschritts“: Durch lange Jahrhunderte schien die Kraft des indischen Volkes erloschen; Perser, Afghanen, Mugholen, Engländer löst sich in der Herrschaft des Landes ab und gebüdig fügten sich in dem kastenmäßigen und demütigen Duldung erzeugenden breiten Massen der Indier die neuen Herren, gleichwie sie die Herrschaft ihrer eigenen oberen Kasten gebildet hatten. Nun aber ist alles geändert; auf englischen Schulen ist eine neue Generation herangewachsen, die mit den rationalen Idealen Indiens die freihethlichen Aspirationen des Westens verbindet.

Der indische Nationalkongress wurde begründet, der alljährlich die konstitutionellen Forderungen der indischen Intelligenz zum Ausdruck bringt; die „Bao-hi-Bewegung“ setzt sich für die Ziele, die von englischer Konkurrenz erlöste nationale Industrie des Landes zu neuem Leben zu erwecken.

Zugleich erhob man die Forderung allgemeiner Volksbildung und Reformierung der Schulen, um an ihnen nationale Kultur und europäische Wissenschaft zu beschleuniger Ergänzung und Förderung zu pflegen. Die regierende englische Regierung sah sich durch dies Erwachen des Volksgeistes erzwungen und in ihrer künftigen Herrschaft (2,000,000 Engländer in Indien regieren über 260,000,000 Indier) bedroht. Dem belebenden Einfluß der freien Institutionen des Mutterlandes weit entzückt, war sie mehr und mehr vom Geist des asiatischen Despotismus erfüllt worden. Und wenigstens die britischen Beamten setzen sich von persönlicher Unerschrockenheit freihielten, waten sie im übrigen in ein gleiches Verhängnis absolutistischer Unterdrückung zum indischen Volke wie ihre Kollegen in der Bureaucratie des russischen Reiches. So wurde die ursprünglich maßvoll konstitutionelle Bewegung der Indier zur Revolution; jede Fiktion der Verfassung wurde die Erbitterung, und heute herrscht in zwei Provinzen — Punjab und Bengalen — offener Aufruhr, in den anderen dumpfe Gärung.

Bisher waren die Studenten und Intellektuellen die Hauptträger der Bewegung; Volksversammlungen und Artikel der Presse ihre wesentlichen Ausdrucksformen. Viel Heroismus ward besonders von den jungen Studenten bewiesen, aber auch bejahrte Männer in angelegener Stellung nahmen oft freiwillig die Verantwortung für ihre politische Gesinnung auf sich und überließen sich tapfer dem Gefängnis.

So bekannte sich der Herausgeber des indischen liberalen Blattes „Sandhya“ selbst und freiwillig zur Autorität der ihm zugeschriebenen revolutionären Artikel und sagte bei: „Ich will mich in meinem Prozeß der Verteidigung enthalten, weil ich leugne, daß ich für meinen Anteil an gottgemachten Werken der Befreiung Indiens einem römischen Volke Rechenschaft schuldig bin, dessen Interessen unserer Freiheit entgegenstehen.“

Am 2. Oktober wurde in Kalkutta eine Versammlung zu Ehren mehrerer zu Gefängnisstrafen verurteilter Studenten abgehalten; es kam zu Zusammenstößen mit der Polizei, die sich über die ganze Stadt verlagerten und zum Straßenkampf führten. Die Unruhen erneuerten sich am folgenden Tage, und blieb auch die Polizei in der Oberhand, so aber doch von ihnen

neue Erregung auf die städtischen Massen über. — Haupt-
sächlichsten Ausgängen fanden auch zu Scharps in Ostbengalen statt,
und angeführt des unmäßigen Widerstandes der Bevölkerung
erwählten die Behörden die Leiter der Aufstandsbewegung nicht
ermitteln. Sinegenen waren die konstitutionellen Führer der
Hauptstadt naturgemäß in der Macht der Regierung, unter
anderem wurde der Gemeindefinanzminister A. O. Dannerfeldt unter
der Anklage aufrührerischer Reden verhaftet. Um der Bewegung die
Stütze zu bieten, wurde ferner ein neues Versammlungsgesetz
promulgiert, das die Abhaltung aller öffentlichen Versammlungen
an vorherige behördliche Genehmigung bindet: es ist der typische
Stempel einer bedrückten herrschenden Klasse mit der Revolution.
Und wie in England, Frankreich, Deutschland, Russland, so
wird über kurz oder lang auch die indische Freiheitsbewegung
slegen und die Zusage einer konstitutionellen Verfassung er-
zwingen. England kann dem leidenschaftlichen Aufstiege eines
Volkes, dessen Geschichte ihm unvertraut ist, schwer auf die
Dauer die Verantwortlichkeit der in England zu lassiger Aus-
bildung gelangten konstitutionellen Einrichtungen verlegen.
Schon hat der englische Parlamentsabgeordnete Peter
Dart die Unterstützung der Arbeiterpartei für die
indischen Freiheitsbestrebungen zugesagt.

Von einem Soldatensoldaten zu Tode gequält.
Sonntag wurde in Wien in der Siltstafelne der Meist
Herschowitz von der 2. Kompagnie des 51. Infanterieregiments,
das sich aus Ungarn ergab, von seinem Vorgesetzten, dem Kor-
poral Valtin, mit dem Dienstgewehr erschossen. Der Korporal
wurde in Untersuchungshaft genommen. Wie der Wiener „Arb-
N.“ mitgeteilt wird, ist es nicht, wie es den Anschein hat, ein
barmherziger Scherz, der einen so unglücklichen Ausgang genommen
hat, sondern der Tod des Meistens soll das Ende einer
Kette von Qualereien des Soldaten sein. Herschowitz
hat den Korporal vor Soldaten einen „Schinder“ genannt. Das
erfuhr der Korporal und deshalb wurde er dem Herschowitz
aufgeführt, zumal dieser Meist, der sieben Gymnasialklassen hinter
sich hatte, sich darauf etwas zu gute tat. Sonntag Nachmittag
hatte man den Meist in die Kaserne auf den Hof gebracht.
Er „sah den Meistern im Zuschauerraum etwa 300 mal
„Auf!“ und „Nieder!“ machen und dann schied er sich,
als ob Mann gelassen worden wäre, sich zu adjizieren und
sodort die Mütze und die Kleider abzuliegen. Das gramme
Spiel setzte er so lange fort, bis der Meist erklärte, er sei
ermüdet und nicht mehr imstande, die „Befehle“ zu befolgen. Da
ließ der Korporal dem Herschowitz, sich in eine Ecke zu stellen.
Er nahm dann sein Gewehr vom Haken, lud es mit einer
schärferen Patrone und sagte: „Verstehe Dein letztes Ge-
bet!“ Dann setzte er an, drückte ab und im nächsten
Moment war der Meist eine Leiche. Die Kugel
war ihm in die Stirn gedrungen, hatte das Gehirn durchschlagen
und die Wand des Zuschauerraumes durchbohrt.

Die Mütter stellen es so dar, als ob der Tod S.'s die
Folge eines „unglücklichen Scherzes“ sei. In der Beschlusst. des
Militarismus gestellt sich der Jynismus bürgerlicher Zeitungs-
schreiber!

Wie man den Antimilitarismus züchten hilft. Ueber
die Behandlung der französischen Linienkämpfer
schreibt der sozialistische Abgeordnete Dr. Meißner in der
„Dynamite“: „Unsere Soldaten können mit dem bekann-
ten Abwehrgrüße der Gladiatoren: „Cafar. Sterbende grüßen Dich“,
an Herrn Clemenceau vorbeiziehen. Sie müssen hinzufügen,
daß die Militärverwaltung es ist, die sie durch ihre
strafbare Sorglosigkeit tötet. Der Meist ist
schon alt. Ich habe schon oft daran erinnert, daß in Madagaskar
1000 Mann gestorben sind, nicht infolge von Wunden, sondern
weil sie gesunder Nahrung und des Chinins entbehren und so
am Elend hinstarben. Gegenwärtig fehlt es unseren Soldaten
in den meisten Garnisonen an allem, was die einfachste Gesund-
heitspflege erfordert. Sie sind wie menschliches Vieh in un-
gesunden Kammern zusammengepfercht. Im Hospital zu Verbun
hat man drei Kranke in zwei nebeneinander stehende Betten ge-
legt. Man kann auch sehen, wie Fieberkranken auf Strohhäuden
im Boden in den Wägen liegen, die allen Winden ausgeleert
sind. Die Sterblichkeit in Verbun wäre noch größer ohne die
Stingelung der Militärärzte. Das Elend und die Not sind in
jenen Garnisonen des Ostens derart, daß die Karthagenier
darob weichen werden. In einem Artikel der „Orange Review“
führt Hauptmann Gumbert, Abgeordneter von Verbun, aus, daß
fast alle Kaserne an Wassermangel leiden. Dem ist hauptsächlich
die Melun und Rouen so. In Paris in der Ecole militaire
sind 150 Mann auf Stroh gebettet: in Cherbourg hat die
Kaserne Briere-de-la-See keine Krankenstube. Alle Kaserne, die
neuen wie die alten, werden immer mehr erbärmlicher für die
Soldaten. So kommt es, daß während im deutschen Heer ein
Mann stirbt, im französischen deren fünf sterben.
Der Unterstaatssekretär Chéron erklärt eine Menge Rund-
schreiben, die gut gemeint sind, aber die militärischen Mach-
haber spotten über diesen „Polster“. Man muß die Militär-Ver-
waltung an der Gurgel packen, die Kasse des Kriegs-
ministeriums, die mit unflätigen Geden und Schimpfen ange-
füllt sind, fäubern, einen neuen Geist schaffen.“

Neue englische Strafvorschriften gegen Verleumdungen
Seit Anfang dieses Jahres ist in England ein Strafgesetz in Kraft
getreten, das dem Umwelen der geschwunden Provisionen in der
Industrie, wie in der Politik ein Ende machen soll. Das neue
Gesetz ist als Resultat von parlamentarischen Arbeiten zu be-
trachten, die sich über viele Jahre erstreckten. Seine Haupt-
bestimmungen sind: 1. Eine strafbare Handlung begeht jeder
Agent, der von irgend einer Person ein Geschenk oder eine
Gegenleistung für Leistungen im Geschäft seines Prinzipals an-
nimmt. 2. Strafbar ist auch die Person, welche einem Agenten
eine derartige Gegenleistung als Geschenk anbietet. 3. Strafbar
ferner ist auch jede Person, welche einem Agenten eine Auf-
trag, eine Rechnung und sonstige Urkunde irrtümlich zum Zweck
der Täuschung seines Prinzipals gibt, sowohl jeder Agent, der
solche Urkunden annimmt. Die Strafe kann bis auf zwei
Jahre Gefängnis mit oder ohne harte Arbeit, oder Geldstrafe
bis zu 500 Pfund, oder eine Verbüßung beider Strafarten aus-
dehnen. Das Gesetz findet sowohl für England, wie auch für
Schottland und Irland Anwendung.
Das neue englische Gesetz besagt nicht weniger, als daß
derjenige, der sich bestechen läßt, nicht minder ein Verbrecher ist,
als derjenige, der sich eines Raubes schuldig macht.

Kleine Auslandsnachrichten.

Der Generalgouverneur Nowiski ist in Dobsja plötzlich ver-
storben. Es verlautet gerücheltweise, daß der Tod durch vergiftete
Speisen herbeigeführt wurde. — Das russische Verkehrsministerium
hat die Meldung erhalten, daß auf der Sibirischen Bahn über
1000 Waggons Steinkohle spurlos verschwunden
sind. Aus dem Bericht geht hervor, daß die Waggons nie abgeschrieben,
wohl aber Frachtbriefe auf sie ausgestellt worden sind. Mit den
Verlorenen ist abgerechnet und die Kohle an Privatpersonen weiter
verkauft worden. Die nicht ungewöhnliche Operation hat dem Staat
eine halbe Million gekostet. Galt russisch! — In den Banatländern
der französischen Kammer kam es zwischen den Abgeordneten Duhay
und Piffonier zu einem heftigen Wortwechsel. Duhay gab letzteren
eine Ohrfeige, worauf Piffonier seinen Gegner mit Knif-
feln realisierte. Piffonier vorausgefordert, weigert sich, Duhay
zu stellen.

Die Lichtbilder-Vorträge des Landesverbandes
Verbandes, die kulturhistorische Themen behandeln und am Pul-
tage von der Polizei verboten wurden, finden best. am Sonntag,
den 30. November statt und zwar im Gewerkschaftshaus. Für
Kinder Nachmittags um 1/2 Uhr und für Erwachsene Abends um
9 Uhr.

Im Lokal von Knabe in Dömitz, dem vom Antivorkleber
Dr. Eintracht besitzenden, findet Sonntag, den 1. Dezember,
ein von der Breslauer Zählstelle des Metallarbeiterverbandes
veranstaltetes großes Herbst-Festmahl mit verschiedenen Ueberräshungen
statt. Der Anfang ist auf 4 Uhr festgesetzt. Die Ortsverwaltung
ladet zu recht zahlreicher Teilnahme ein.

Städtische Steuerkasse. Bei der hiesigen Reichsbank-
Zählstelle ist ein Stokonto „Städtische Steuerkasse“ er-
öffnet worden: dadurch ist Gelegenheit gegeben, sowohl die an die
Städtischen Steuerabteilungen als auch die an das städtische Ein-
ziehungskonto zu entrichtenden Steuern und Abgaben ufm. auf das
gebuchte Stokonto einzuzahlen bzw. zu überweisen. Da es nach
den Bestimmungen über den Reichsbankgüternverkehr Sache des Ein-
zahlenden bleibt, seinerseits den Empfänger des Geldes über den
Zweck der Zahlung zu unterrichten, sind die Einzahler zur Ver-
meidung von Weiterungen verpflichtet, der städtischen Steuerkasse
(Hauptstelle) von jeder Ueberweisung sofort besondere Nachricht zu
geben unter genauer Angabe der zuständigen Zählstelle, der Konten-
bezeichnung, des eingezahlten Betrages und des
Zahlungsbestimmten nach Namen, Stand und Wohnung.

Wetung. Am 18. d. M. erschien in einem Geschäft auf der
Schmidestraße ein junger Mann und verlangte einen silbernen Weis-
spiegel. Er überreichte einen Zettel, in welcher Weise der Weis-
spiegel aräviert werden sollte. Nach seinem Weggange kam er bald wieder
zurück und wollte noch einen Weisspiegel ansprechen, zog aber diesen
Anspruch nicht selbst, sondern schickte einen roten Hahler mit einem
Briefe, dessen Inhalt der Geschäftsinhaber glauben schenkte. Dem
Hahler wurden beide Spiegel ausgehändigt. Der Verkäufer war ver-
lor, hatte dunkles Haar und trug einen dunklen Anzug und einen
dunklen Ueberzieher.

Gefunden wurden: ein Dienstbuch und eine goldene Damen-
uhr mit Stahlkette.

Abhanden kamen: eine Manschette mit gelbem Knopf, ein
goldener Trauring, ein goldener Siegelring mit blauem Stein und ein
Portemonnaie mit 4 M.

Beschprellereien und Ueberzieherdiebstähle verübte seit
langer Zeit der nun in Haft genommene 23 Jahre alte Schlosser
Robert Fuchs. Bei Verübung von Beschprellereien gab er sich als
Wahnsinniger oder als Beamter aus und legte sich auch falsche Vor-
namen bei. Er drückte auch unter dem Namen Oswald Thiem Ver-
leumdungen verübt haben. Wer durch den Mann geschädigt ist oder
Ueberzieher resp. Pfandbriefe über solche von ihm gekauft oder zum
Verkauf angenommen hat, werde sich im Zimmer Nr. 51 des Polizei-
Präsidiums.

Aus den Gerichtssälen.

Wegen leichtsinnigen Umgangs mit Vereinsgeldern
hatte sich der Bauarbeiter Heinrich Schmitt vor dem Bres-
lauer Schöffengericht zu verantworten. Er hatte als Bezirksführer
des Sozialdemokratischen Vereins in der Stadt veruntreut und
wurde dafür zu einem Monat Gefängnis verurteilt.

Ein seltsamer Strafprozess

spielte sich vor der Breslauer Strafkammer ab. Angeklagt war
der Spezialarzt für Hautkrankheiten Dr. E. wegen angeblicher
Körperverletzung. Eines Tages im März d. Js. kam zu ihm
der Kaufmann D., der an kreisförmigen Hautausschlag litt. An
verschiedenen Stellen des Kopfes trug er kahle Flecken, auch
waren ihm auf der einen Gesichtshälfte die Augenbrauen und der
Schmurrbart fast völlig ausgefallen, weshalb er von dem Lei-
den, das ihn erhebtlich entstellte, so rasch wie möglich befreit
werden wollte. Der Arzt verschrieb ihm eine Salbe, die aus
je zwei Gramm Eukalyptus, Kakaodl und weissem Wachs bestand.
Dabei will er dem Patienten in ausführlicher Weise erklärt ha-
ben, daß diese Salbe schwere Hautentzündungen hervorgerufen
vermöge und deshalb mit größter Vorsicht anzuwenden sei. Es
dürfte immer nur ein Teil der letzten Stellen damit bestrichen
werden, die hervorgerufene Hautreizung müsse dann erst wieder
abklingen, um später von neuem die Salbe anzuwenden zu können.
Der Patient dagegen behauptet, es sei ihm von dem Arzt über-
haupt keine Belehrung über die Anwendung der Salbe erteilt
worden. Auf der Treppe war er dann noch einmal umgekehrt,
hatte den Arzt gefragt, wie oft er einsaugen solle und hatte
die Antwort erhalten: „Vorläufig nur einmal“. Zuhause hat
er dann alle enthaarten Stellen seines Kopfes und Gesichtes
— und das waren sehr viele und ausgedehnte — auf einmal mit
Salbe eingerieselt. Die Folge war ein furchtbares Anschwellen
des ganzen Kopfes und eine äußerst schmerzhaft Entzündung
der Haut. Er schickte deshalb am anderen Morgen seine
Schwester zu dem Arzt. Dieser erklärte: „Dann hat er gewiß
zwei- bis dreimal eingerieselt“, was die Schwester bestritt. Der
Arzt bestellte den Patienten zu sich, dieser erschien aber erst am
anderen Tage. Es wurde ihm nun eine Einreibung mit Gold-
creme verordnet und für einen späteren Tag wurde er wieder
bestellt. Er kam aber nicht wieder, vielmehr ließ er sich auf
Anraten anderer Leute von dem zuständigen Bezirksphysikus ein
Attest über sein Aussehen infolge der Anwendung der Salbe
ausstellen, begab sich dann zu einem anderen Arzt und ließ
sich schließlich in der Universitätsklinik auf sein Haarleiden be-
handeln. Die Entzündung war in normaler Weise wieder ab-
geklungen, außer den erlittenen Schmerzen und einer mehrwöchigen
Arbeitsunfähigkeit hatte sie keinen Schaden verursacht.

D. beanspruchte nun aber Schadensersatz in Höhe von
500 Mark und Schadenersatz für entgangenen Verdienst für
elf Tage zu erlangen. Eines Tages im Mai begab er sich des-
halb zu einem Medizinalrat in Glogau. Diefem erzählte er,
er habe sich in einer Stadt in Böhmen von einem Haarpezia-
tisten behandeln lassen, der ihm ein Attest gegeben habe, das
das Rezept an, das er nicht lei. sich haben wollte und be-
schrieb dann, wie es ihm ergangen sei. Der Medizinalrat
machte auf diese Weise in den Klauen verfaßt worden sein,
ein Nichtsachmann, der die Gefährlichkeit der Salbe nicht kenne,
und die nötigen Anweisungen über die Art der Anwendung
nicht zu geben vermocht hätte, habe die Salbe verschrieben.
Er sprach deshalb von einer Hinderlich und das Attest, das er
ausstellte, war ein wenig schweibhaftes. Mit diesem Attest
ausgerüstet und in der Meinung, er habe nun einen Sachver-
ständigen für sich im Saide, strengte er gegen Dr. E. eine
Reklamation auf 800.25 Mark an. Der Prozeß drohte aber einen
sehr unglücklichen Verlauf für ihn zu nehmen, da dem Arzt der
Sib darüber auferlegt wurde, ob er die Salbe unter der nöti-
gen Warnung zur Vorsicht verordnet habe. Dieser Sib wäre
geleitet worden, und nun dies zu berechnen, erstattete D. An-
zeige wegen fahrlässiger Körperverletzung. Im Strafverfahren
konnte er sich als Zeuge vernehmen lassen und auf diese Weise
kam er zum Sibe anstatt des Arztes. Gleichzeitig trat er dem
Verfahren als Nebenkläger bei und verlangte, daß das Gericht
ihm 850 Mark zupreche. Er hat damit kein Glück gehabt.
Durch Sachverständigenachten wurde festgestellt, daß in gleich-
artigen Erkrankungsfällen selbst 50 prozentige Eratonsalbe zur
Anwendung gelangt, während dem Nebenkläger nur 83% pro-
zentige verordnet worden war. Letzterer wurde auch als gebil-
det genug erachtet, daß ihm der Arzt die Salbe in die Hände
geben konnte, daß dies ohne jede nähere Einwirkung geschehen
sein, sei kann anzunehmen. Über selbst bei der Art, wie die
Salbe angewendet wurde, konnte von einer Körperverletzung nicht

die Rede sein. Es liegt nicht einmal ein Ausschlag vor, höch-
stens könnte von einer etwas sonderbaren Art der Anwendung
eines Heilmittels geredet werden. Ein dauernder Schaden ist
dem Patienten dabei nicht erwachsen und er kam doch zur
Arzt, um sich so rasch wie möglich von seinem Haarleiden be-
freien zu lassen. Der Staatsanwalt nahm nach den Aussagen
des Nebenklägers an, daß diesem über die Wirkungen der Salbe
die nötige Aufklärung nicht gegeben worden sei. Er mußte da-
her erfahren, daß diese Wirkungen nicht bemerkt und abzu-
wehren, daß er sich in großer Gefahr befinde. Deshalb liegt
Körperverletzung vor. Unter Berücksichtigung aller mitberühnen
Umstände sei eine Geldstrafe von dreihundert Mark angebracht. Das
Gericht erkannte auf Freisprechung, indem es sich den
Gutachten der Sachverständigen im wesentlichen anschloß.

Neueste Nachrichten.

Strafendemonstration in Preußen.

Bielefeld, 28. November. (S. L.-B.) Ueber 7000 Ar-
beiter veranstalteten gestern eine Strafendemonstration.
In den darauffolgenden Versammlungen wurde die Beseitigung
des Dreiklassen-Wahlrechts verlangt.

Arbeitslosgesetz gegen Landarbeiter.

Berlin, 28. November. (S. L.-B.) Die Reichsfinanzminister
des Abgeordnetenhauses wollen „anlässlich der Reichsvertretungen
durch anderweitige landwirtschaftliche Arbeiter“ eine Interpellation ein-
bringen, in der „erhöhter Reichsstand“ gegen auswärtige Land-
wirtschaftliche Arbeiter beantragt und der Regierung die
Frage vorgelegt wird, ob sie noch in dieser Session einen Begehren
zurück gegen das Kontraktliche ausländische Gesetze dem
Landtage vorzulegen und zur Verabschiedung zu bringen gedenke.

Der letzte große oberschlesisch-polnische Hoch-
verratsprozess

wird eine nochmalige Aufrollung erleben. Von der Strafkammer zu
Breslau (S. L.-B.) sind 11 Sokois aus „Koschitz-Schopnitz“ am
4. Juni d. J. insgesamt 47 Monaten Gefängnis
verurteilt worden, weil sie politische Ziele verfolgten, die Verletzung
des polnischen Landesgesetzes von Preußen beabsichtigten, großpolnische
Ueberzeugungen und zu Gewaltthatigkeiten anreizten und sich endlich
einer Uebertretung der §§ 88 und 16 des Reichs- und Versamm-
lungsgesetzes schuldig gemacht haben sollen. Somit die Verurteilung
leuten Revision ein, die vom Reichsgericht bis auf den Fall des
Angeklagten Salotta für begründet erachtet worden ist. D.
wurde wegen Aufreizung zu Gewaltthatigkeiten verurteilt. Das
Reichsgericht hält im Gegensatz zu dem Breslauer Strafkammer-
urteil u. a. eine Verurteilung der Verurteilten hinsichtlich der Ver-
urteilung der polnischen Landesstelle nicht für vorliegend.
Das Reichsgericht hob deshalb das Urteil auf und verwies
die Sache zur nochmaligen Verhandlung an das Landgericht
Breslau zurück. Das gesamte polnische Lager steht bei der erneuten
Verhandlung dieses Falles mit einer begreiflichen Spannung ent-
gegen.

Große Unterschleife.

Posen, 28. November. (S. L.-B.) Auf dem Güterbahnhofe
sind große Unterschleife entbehrt worden. Eine Anzahl Unter-
beamter und Arbeiter des Güterbahnhofs wurden verhaftet.
Bei den vorgenommenen Hausdurchsuchungen wurden zahlreiche Wert-
gegenstände zu Tage gefördert. Bei einem Beschuldigten wurde ein ganzer
Warenlager gefunden. Auch Geldbeträge sollen mitunter
gefunden sein.

Bluthunde gegen Kinder.

Riga, 28. November. (S. L.-B.) Das Kriegsgericht
verurteilte 4 jüdische Realkünstler wegen angeblicher Ermordung des
Schulinspektors Petrov und zwar die beiden Brüder Josefsohn zum
Tode und die Kameraden zu schwerer Zwangsarbeit. Minister,
präsident Stolypin und Dumaspräsident Chamjalow sowie
andere hochgestellte Persönlichkeiten verwendeten sich für die zum Tode
Verurteilten. Trotzdem hat der Generalgouverneur das Urteil
aufheben in vollem Umfange bestätigt. Beide Schüler wurden er-
schossen!

Eine antimilitaristische Agitatorin verurteilt.

Paris, 28. November. Die antimilitaristische Agitatorin
Petit ist vom Schwurgericht in Nancy der Anklage der Sol-
daten zum Ungehorsam schuldig gesprochen und zu sechs-
monatigem Gefängnis verurteilt worden. Im Grenzland
tum die Klaffengerichte besonders „patriotisch“. Wenn sie ihnen die
Mütter und Köchinnen nicht „befreien“ können, so bringen sie revo-
lutionäre Franzosen gewissenhaft hinter Schloß und Riegel.

Berlin, 28. November. (S. L.-B.) Die Präsidien
des Reichstages und der beiden Häuser des Landtages wurden
in der letzten Tagung zu längeren Besprechungen vom Reichs-
kanzler empfangen.

Berlin, 28. November. (S. L.-B.) Der Zentrum-
Abgeordnete Dr. Pfeiffer hat mit Unterstützung seiner
Fraktion im Reichstages den Antrag eingebracht auf Aufhebung des
von der Staatsanwaltschaft am bayerischen Landgericht Bamberg
gegen ihn eingeleiteten Strafverfahrens wegen Verleumdung.

Gerauförde, 28. November. (S. L.-B.) Bei der gestrigen
Landtagswahl wurde Graf Reventlow-Altenhof
(Wund der Landwirte) gewählt.

Quisburg, 28. November. (S. L.-B.) Der von seiner Frau
getrennt lebende Bauer Warthoff, der von seiner Frau vergebens
Geld verlangt hatte, feuerte auf diese eine Revolverkugel ab und
verwundete sie tödlich. Der auf dem Schuss herbeieilende Hauswirt
erhielt einen Schuss in die Schulter. Hierauf tötete sich Warthoff
selbst durch je einen Schuss in das Herz und in die Lunge. An dem
Aufkommen der Frau wird gezweifelt.

Wien, 28. November. (S. L.-B.) Die im preussischen
Abgeordnetenhause eingebrachte Polenborlage hat unter den
österreichischen Polen große Erregung hervorgerufen. Man
spricht von einer Demonstration, die die Polen in der am
20. Dezember zusammen tretenden Delegation planen. Die Polen
wollen zum ersten Mal seit Bestehen des Reichstages gegen das
Ministerium des Innern Altmann. Sie bezwecken damit nicht eine
Kündigung gegen die Person des Ministers des Innern Baron
v. Rehrenthal, sondern protestieren gegen dessen Politik mit
Deutschland.

Wetterkarte des öffentlichen Wetterdienstes.

Donnerstag, den 28. November.

Table with 5 columns: Station, Temp., Wind, Rel. Hum., Wetter. Rows include Bresl., Sternb., Wetzlar, etc.

Deutscher Reichstag.

59. Sitzung, Mittwoch, den 27. November, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Dr. Lieberding.

Bundrat wird in bester Lesung der Gesetzentwurf betr. die Wasser-Müller-Stiftung angenommen.

Es folgt die erste Lesung der Gesetzentwürfe über den Versicherungsvertrag und Änderung der entsprechenden Vorschriften des Handelsgesetzbuches betr. die Seeversicherung.

Abg. Wellstein (Centr.) ist für Verweisung der Vorlage an eine 21-gliedrige Kommission, hofft aber, daß diese die Arbeiten der Kommission des vorigen Reichstags gemäß unverändert akzeptieren werde.

Abg. Dr. Heinze (Natl.) äußert sich in demselben Sinne.

Abg. Dr. Wagner (Kons.): Geben wir das Kind in den Sattel, selten wird es schon können. (Heiterkeit.)

Abg. Kämpf (Vösl. Vp.) erörtert die Frage internationaler Regelung der Erdbebenversicherung.

Abg. Schütz (Npl.) begrüßt die Vorlage.

Abg. Stadthagen (Soz.) bedauert, daß der neue Entwurf nicht den Anregungen der vorigjährigen Kommission zu Gunsten der Versicherer Rechnung getragen hat. Dagegen ist es erfreulich, daß jetzt auch Nationalliberale und Konservative sich gegen die Bestimmungen zu Ungunsten der Selbstmörder erklären. Über als die Selbstmörder würden die Duellanten Ausnahmebestimmungen verdienen. Man sollte die Gelegenheit benutzen, um gegen die Ungerechtigkeit widersprechenden Vorschriften in Bezug auf die Knappschaftskassen, wie sie sich im preussischen Bezugsrecht finden, vorzugehen. Mit der Kommissionsberatung sind wir einverstanden. (Beifall bei den Cent.)

Abg. v. Damm (Wirtsch. Vgg.) schließt sich den Ausführungen des Abg. Kämpf an.

Abg. Dove (Freil. Vgg.) hält im Gegensatz zu Herrn Stadthagen die Vertragsfreiheit für die Grundlage der Versicherung. Quelle könnte man, meinte er, den Selbstmorden und Morden gleichsetzen — er tue dies jedoch nicht.

Das Gesetz geht an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes betr. die Sicherung der Bauforderungen.

Staatssekretär Lieberding: Es handelt sich hier um große Schwierigkeiten, weswegen die verschiedenen Regierungen nur zögernd und mit hohem Herzen an die Vorlage herangegangen sind. (Beif. hört! b. d. Soz.) Der Entwurf will den Bauhandwerkern dadurch Sicherheit gewähren, daß sie in dem Grundbuchblatt des betreffenden bebauten Grundstücks einen Platz erhalten unmittelbar hinter dem Wert, den das Grundstück vor der Bebauung hatte. Diese Bestimmung greift jedoch nur Platz bei Neubauten, nicht aber bei Erweiterungen und Reparaturbauten, auch dann nicht, wenn der Bauunternehmer sich bereit erklärt, ein Viertel der voraussichtlichen Baukosten zu deponieren. Hiermit soll kapitalkräftigen Unternehmern die Möglichkeit gegeben werden, sich den einengenden Bestimmungen des Gesetzes zu entziehen.

Abg. Dr. Junek (natl.): Das Gesetz ist, wie die Begründung sagt, „unlich“ einfach und verständlich angefallen. Die Bestimmung, daß kapitalkräftige Unternehmer den Bedingungen des Gesetzes entgehen sollen, hat freilich ihr Bedenkliches bei einem Gesetz das gerade zum Schutze des Mittelstandes geschaffen ist. Ausgeschlossen ist auch nicht, daß das Gesetz die Bauwirtschaft lähmt. Redner beantragt die Ueberweisung des Entwurfs an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Abg. Mayer-Kaufmann (Zentrum) weist auf die unangehenden Stimmen hin, die den Bauhandwerkern durch den Bauhandwandel verloren gehen und wünscht baldige Verabschiedung des Gesetzes, dessen Bestimmungen er in verschiedenen Punkten weiter ausgedehnt wünscht. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Pauli-Bockdam (Kons.) teilt den Optimismus der beiden Vorredner nicht. Die Kommission muß noch wesentliche Verbesserungen anbringen, wenn das Gesetz dem Handwerk auch nur etwas nützen soll. (Bravo! rechts.)

Abg. v. Dietrich (Npl.) bezweifelt, ob die Mißstände auf diesem Gebiet wirklich so groß sind. Einzelne Bedenken wären in der Kommission näher zu prüfen.

Abg. Kämpf (Vösl. Vp.): Wir müssen uns vor dem Fehler hüten, der bei Versehen von der Art des vorliegenden zu oft gemacht ist, durch Bestimmungen zum Schutze der Schwachen vielmehr die kapitalstarken Unternehmer zu schädigen und die Konkurrenzfähigkeit der kapitalkräftigeren zu stärken. Wir werden in der Kommission

nach Möglichkeit dahin wirken, daß dieser Fehler vermieden wird. (Bravo! bei den Freil.)

Abg. Bömelburg (Sozialdemokrat):

Im Baugewerbe handelt es sich nicht nur um Verluste der Bauhandwerker durch schwindelhaftige Unternehmer; sondern viele Mißstände sind auf den Mangel an genügender Bauarbeiterkontrolle zurückzuführen. Vermehrung dieses Schutzes und Verbesserung der Kontrolle ist dringende Notwendigkeit. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Ein Teil der Unternehmer hat sich gegen die angelegte Regelung dieser Materie erklärt, mit der Motivierung, daß die Verhältnisse sich wesentlich gebessert hätten. In der Tat sind die Mißstände in den letzten Jahren weniger stark hervorgetreten. Die vereinbarten Verträge sind aber sofort die neue Vermehrung der Mißstände bewiesen, umso mehr als es im Baugewerbe von kleinen selbstständigen Unternehmern wimmelt. Aber auch schon die Zustände in normaler Zeit genügen, um ein gesetzliches Eingreifen erforderlich zu machen. Die Verluste der verschiedenen Kategorien der Bauarbeiter durch Lohnausfälle mögen im Verhältnis der Gesamtlohnsumme nicht sehr hoch sein, für die davon Betroffenen sind sie aber empfindlich genug. Hinzuerechnen sind die Zeit- und damit auch Geldverluste, die durch die Verluste entstehen, wenigstens einen Teil der Verluste durch gerichtliche Klagen wieder einzubringen. Letzteres ist auch der Schaden, den die Krankenkassen erleiden. — Als vorliegende Gesetz soll die Mißstände heilsamer oder doch mildern. Der Schutz soll erreicht werden durch Eintragung der Forderungen der Bauhandwerker und Lieferanten. — Der Umfang der in Betracht kommenden Personen ist übrigens leider nicht genau festgelegt, — indem diese Forderungen in das Grundbuch eingetragen werden und sich dadurch in eine Pauschhypothek verwandelt. Außerdem soll — und das ist meines Erachtens die einzig mögliche Sicherung, — der Bauunternehmer 25 Prozent des Bauwerts in Bar hinterlegen. Aber der Wert dieser Bestimmungen wird dadurch sehr ungewiß, daß die Bauhypothek erst an dritter Stelle stehen soll. Das Gesetz spricht davon, daß der Wert des Bauplats nicht so hoch eingeschätzt werden soll. Wie das aber geschehen soll, davon schwärzt der Sängers Hülfslosigkeit. Die Großspekulation wird auch in der Folgezeit den Bauplatzpreis bestimmen. Ich würde es für wünschenswert halten, die Bauhypothek in der Rangordnung an eine andere Stelle zu setzen, aber allerdings nur, wenn die Frage nicht leichten Herzens wegzukommen. Für die Arbeiter ist freilich auch durch die bessere Sicherung der Hypothek durch das Gesetz nicht viel erreicht. Ganz abgesehen davon, daß die Zeitverlängerung den Arbeitern besonders schwer fällt, bringt es der häufige Wechsel der Bauarbeiter mit sich, daß sie oft um ihr Geld kommen werden. Ein großer Mangel der Vorlage ist ferner, daß man die Grenzen des Gesetzes zu eng gezogen hat. Das Gesetz soll sich nur auf Neubauten für Wohn- und Gewerbezwecke erstrecken, und die Gemeinden, in denen es Geltung haben soll, sollen durch landesherrliche Verordnung festgestellt werden. Vom Gesetz werden also alle Umbauten nicht betroffen. Ferner soll das Gesetz keine Anwendung finden auf die Bauten auf fiskalischen, staatlichen, kommunalen und landesherrlichen Grundstücken. Durch den Ausschluß der Umbauten wird ein außerordentlich großer Teil speziell des großstädtischen Bauhandwerks dem Geltungsbereich des Gesetzes entzogen. Die Ausnahmen liegen ebenso wenig im Interesse der Arbeiter wie im Interesse der Rechtssicherheit und Einheitslichkeit des Rechts. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Wesentliche Änderungen an dem Gesetz sind also unbedingt notwendig, wenn es auch nur einigermaßen seinen Zweck erfüllen soll. Wir wollen uns übrigens auch manicht darüber täuschen, daß eine Erhöhung der Mieten durch Verteuerung des Bauens eine Folge des Gesetzes sein wird. Trotzdem halte ich einen gesetzlichen Eingriff für durchaus geboten. Die Erhöhung der Mieten wird auch ohne das Gesetz kommen. Dem Steigen der Mieten läßt sich nur durch Beseitigung des Grundstulps, das auch die Ursache des Bauhandwinds ist, nämlich des Grund- und Bodenwuchers, ernstlich zu Leibe gehen. (Beif. Bravo b. d. Soz.)

Abg. Dove (Freil. Vgg.) äußert dieselben Bedenken wie der Abg. Kämpf. In der Kommission muß das Gesetz noch gründlich umgestaltet werden. (Beifall b. d. Freil.)

Die Abg. Herzog (Wirtsch. Vgg.), Werner (Konserv.) und Wieland (Freil. Vp.) sympathisieren trotz einzelner Bedenken mit dem Entwurf.

Abg. Seyda (Vösl.) warnt davor, die Befugnisse der Polizei zu vermindern, da sie hiermit politischen Mißbrauch treibe. Der Gesetzentwurf wird an eine 21-gliedrige Kommission verwiesen.

Darauf vertagt sich das Haus auf Donnerstag 1 Uhr (erste Statberatung).

Schluß 7 Uhr.

2. Sozialdemokratischer Preßentag.

lg. Berlin, 20. November.

(Schluß)

Der nächste Punkt der Tagesordnung ist: Gemeinde und Selbstverwaltung.

Der Referent Stadto. Paul Hirsch-Charlottenburg führte aus: Eine eigentliche Selbstverwaltung, eine nur den Befehlen unterworfenen und sonst unabhängigen Verwaltung haben die preussischen Gemeinden niemals geübt. Selbst die Städteordnung von 1808 kannte den Begriff der Selbstverwaltung nicht. In allen späteren Städteordnungen bis heute tritt immer mehr das Streben zutage, die Rechte der Gemeinden immer weiter zu verringern und dem Staate eine immer größere Machtbefugnis einzuräumen. Redner weist einen Rückblick auf die Geschichte der Städte- und Gemeindeordnung und zeigt, wie das selbe liberale Bürgerrecht beständig vor der Regierung zurückgedrängt ist. Die Regierung hat wiederholt ausdrücklich erklärt, daß sie nie für eine Beseitigung des Dreiklassenwahlrechts für die Gemeindevertretungen die Hand bieten werde. Um so mehr müssen wir es als unsere Aufgabe betrachten, die Massen über das Unrecht aufzuklären und dafür zu sorgen, daß ein Sturm der Entrüstung die reaktionären Kommunalen Wahlgesetze und mit ihnen die reaktionären Minister und Parteien hinwegjagt. (Beif. Hirsch-Charlottenburg) Womit sucht die Regierung das Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden illusorisch zu machen? Obenan steht das Bestätigungsrecht, mit dessen Hilfe die Reaktion politisch anrüchliche Personen, mögen sie auch noch so wichtig sein, von der Stadtverwaltung fernhält. Sozialdemokraten werden als Mitglieder des Magistrats überhaupt nicht bestärkt. Aber noch über das Bestätigungsrecht hinaus hat sich die Regierung ein solches Recht auch da angemahnt, wo es ihr nach dem Gesetz unmöglich zustehen konnte. Die Feigheit des liberalen Bürgertums insbesondere des Magistrats von Berlin trifft die Schuld, daß man der Regierung nie das nötige Rückgrat gezeigt und sie geradezu ermuthigt hat, auf ihrem reaktionären Wege weiter zu schreiten. 1898 wurde Singer zum Mitglied der städtischen Schuldeputation gewählt; daraufhin schickte Minister Hoff den Erlaß in die Welt, der die Unvereinbarkeit der Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie und der Mitgliedschaft in städtischen Schuldeputationen und Schulvorständen bedroht. Dieser Erlaß entbehrt der rechtlichen Grundlage. Redner weist dies im einzelnen nach. Anfangs lehnte die Berliner Stadtverordneten-Versammlung die Rechtsnullität ab und lehnte die Übernahme einer Neuwahl an Stelle Singers ab. Aber inzwischen war der Magistrat ungeschlagen und erklärte die Schuldeputation plötzlich für ein Organ des Staates. Durch diese Nachgebigkeit der Bourgeoisie hat sich die Regierung zu immer neuen reaktionären Schritten drängen lassen. Redner weist auf das Verbot der Regierung hin, in den Stadtverordneten-Versammlungen über andere als Gemeinde-Angelegenheiten zu beraten, auf die Eingriffe in das Staatsrecht der Kommunen, die staatliche Polizeiverwaltung und schließlich auf den herabwürdigen städtischen Verwaltungen. Will man wirkliche Selbstverwaltung kennen lernen, so muß man ins Ausland gehen. Preußen ist einmal ein Polizeistaat und da kann sich das Selbstverwaltungsprinzip nicht durchsetzen. (Sehr wahr!) Erst wenn der Kampf gegen den Polizeistaat Preußen siegreich beendet ist, wird die Bahn für eine kommunale Selbstverwaltung geebnet sein. (Beif. Zustimmung.) Dazu gehört auch der Erlaß des pluto-kritischen Gemeindevorstands durch das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht mit gleicher Stimmabgabe für alle groß-jährigen Gemeindeangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts. (Beif. Hirsch-Charlottenburg) In diesem Kampfe ist die Sozialdemokratie auf sich allein angewiesen. Nur im Rahmen des allgemeinen Befreiungskampfes des preussischen Proletariats kann sie den Kampf für die Selbstverwaltung der Gemeinden führen. (Beif. Beifall.) Der Referent schlägt folgende Resolution vor:

„Der Kampf um die Selbstverwaltung der Gemeinden kann nicht geführt werden, losgelöst von dem allgemeinen Befreiungskampfe des Proletariats. Voraussetzung der kommunalen Selbstverwaltung ist ein den Forderungen der sozialdemokratischen Partei entsprechendes Kommunalwahlrecht, die Erlangung dieses Rechtes aber wiederum hat zur Voraussetzung eine demokratische Staatsverfassung. Durchdringen von der Notwendigkeit, den Gemeindevertretungen die Erfüllung ihrer Aufgaben insbesondere auf sozialpolitischem Gebiete zu ermöglichen, macht der preussische Parteitag es den Genossen zur Pflicht, in dem bevorstehenden Wahlrechtskampfe auch die Forderung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen

Ein neues Zeugnis für den Sozialismus.

„Die Hilfsmittel der Nation werden mit allen Kräften vergrößert.“ Diesen Ausspruch hat Dr. Pirchot, der Chef der vorderen Loge der Vereinigten Staaten auf Grund von Tatsachen, die die meisten amerikanischen Zeitungen, gleichviel von welcher Partei, und auch Präsident Roosevelt, Ursache hatten, zu verheimlichen. In 33 Jahren wird bei der gegenwärtigen Verbrauchsrate — führt P. aus — Amerika vor einem Solamangel stehen, und mit diesem wird die viergrößte Industrie, der Holzhandel, in diesem Lande verschwinden. — Amerikas Anfruchtbarkeit kann ebenso nur noch 50 Jahre gefördert werden und erhabene Höhe 100 Jahre. Und doch wird in der gegenwärtigen Holzförderungspraxis nicht mehr als die Hälfte ausgenutzt, die die weniger ist zu bearbeitenden Felder unbrauchbar machen durch das Aufhäufen des Abfalls. Hierin liegt die Gefahr für die zukünftige Entwicklung. Drittens enthalten die Oel- und Gasfelder, wenn auch diese bereits abgewirkt sind, noch enorme Portionen Gas, die andauernd in der Luft verbleiben, und große Mengen Oel, die in die Meere fließen. Millionen von Tonnen werden heimlich verbrannt, nur es los zu werden, das ist also eine absichtliche Verschwendung der Schätze der Nation. — Viertens, als das Ergebnis von Untersuchungen und dem beständigen Einfluß von Ueberforschungen werden jährlich mindestens 100 Quadratkilometer fruchtbarer Boden vernichtet, und werden damit selbst, da sie die Fruchtbarkeit füllen, zu einem enormen Schaden, und führen zu großen Unkosten für die Bewässerung. Der Mississippifluß allein schwemmt jährlich 400 Millionen Tonnen Bodenabfall — zweimal so viel, als das Material, das für den Panamakanal ausgebaugt wurde, und welches als die fruchtbarste Erde Amerikas galt. — Fünftens, die Konvertierung der inländischen Wasserzufuhr zum Zweck der Bewässerung und zur Ueberführung hat gerade jetzt erst begonnen. — Dr. Pirchot summiert, und der Präsident stimmt ihm zu, daß die gesante Entwicklung und die Konvertierung der natürlichen Hilfsquellen die erste Pflicht der Vereinigten Staaten seien. — Die letzte Folge dieses Schusses ist, daß das größte Hindernis irgend einer Verbesserung der gegenwärtigen Verhältnisse und der natürlichen Hilfsquellen, die in Gefahr sind, nur zu finden ist, daß diese fast sämtlich sich im Privatbesitz befinden.

So führen logische Schlüsse uns endlich vorwärts zum Sozialismus.

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Amerika und der Luftverkehr. Aus Washington wird gemeldet: Die Kommission für das Bewaffnen- und Befestigungs-wesen bewilligte die Mittel für die Beschaffung eines oder mehrerer lenkbare Luftschiffe sowie für den Ankauf einer drahtlosen Telephon-einrichtung durch den Chef des Signalwesens der Armee.

Das Kriegsmittel der Zukunft. Der lenkbare französische Militärballon „Nautie“ ist vor einigen Tagen, nachdem er St. Pierre hault mit einer mittleren Geschwindigkeit von 33 Kilometern passierte, über der Stadt Verdun in eingetroffen, wo er vor seiner Landung noch verschiedene Evolutionen machte.

Die Flugapparate. Nach einer Meldung aus London verkaufte die Gebrüder Wright ihre Aeroplane, die ein Flugfähigkeit sie bisher in geheimnisvolles Dunkel gehüllt hatten, der nord-amerikanischen Regierung. Der dafür bezahlte Preis ist unbekannt.

Die Frau als Ozeanforscherin. In diesem Jahre hat zum ersten Male eine Frau sich dem Herat der Meeresforschung gewidmet. Das ist eine der Universitäts-Christiana angehörende Botanikerin Frau Ditlev, die unter der Leitung des Fürstlichen von Monaco, des bekannten Ozeanographen, in den arktischen Regionen Untersuchungen anstellt. Diese Frau entfaltete dabei unter den harten Eilichtbedingungen in eplerwilliger Hingabe an die Wissenschaft geistige und körperliche Kräfte, auf die auch ein Mann stolz sein könnte.

Das fliegende Schiff. Ein Bastard aus Flugmaschinerie und Gleitboot, ein halb fliegendes und halb schwimmendes Schiff ergreift zur Zeit auf dem Lago Maggiore. Das eigenartige Fahrzeug gleicht bald einem gewöhnlichen Boote und bald einem großen Vogel, der aus dem Wasser aufsteigt und mit den Flügeln im Wasser nachschüttelt mit großer Schnelligkeit dahinfliehet. Es handelt sich, der „Für. Jg.“ zufolge, um die Erfindung des Mailänder Ingenieurs Fortanini, die dieser mit dem Namen „Hydrovolante“, Wasserflieger, getauft hat. In etwa einer Minute durchfährt das Fahrzeug zweimal die etwa fünf-hundert Meter breite Bucht von Laverno mit einer Geschwindigkeit von ungefähr 70 Kilometern in der Stunde. Der Erfinder ist überzeugt, daß sein System sehr wohl bei großen Schiffen Anwendung finden und deren Schnelligkeit von 100 und mehr Kilometer in der Stunde bringen kann. Sein gegenwärtiges Modell wird von einem Hal-Motor von 75 Pferdekraften und 600 Kilogramm Gewicht getrieben, der aber bald durch einen Motor von 100 Pferdekraften und nur hundert Kilogramm Gewicht ersetzt werden soll, wodurch die Geschwindigkeit, wie der Erfinder hofft, auf 120 Kilometer in der Stunde gebracht werden wird. Das System des Hydrovolante ist das der

Drachenflieger. Fortanini nimmt eine Anzahl gleich langer und gleich breiter Bretter und verbindet sie zu einem Geflecht, ähnlich dem Fenstergitter, in der Weise, daß jede einzelne Gasse leicht nach oben geneigt ist. Solcher Geflechte besetzt er eines an jeder Seite des Bootes und eines an dessen Hinterende. Die vom Motor bewegten beiden Schrauben sind hinten, oberhalb des Bootes, in der Luft angebracht und haben jede fünf Flügel und sechs Meter Durchmesser. Ihre Tourenzahl ist bedeutend. Sobald durch ihre Umdrehung das Schiff vorwärts fährt, bekommt es durch die Bretter das Bestreben, die Spitze nach oben zu richten. Es hebt sich langsam aus dem Wasser, vermindert damit die Reibung und fährt immer schneller, bis er schließlich fast ganz aus dem Wasser herausragt und nur um mit den letzten Brettern der drei Gleitgestelle die Wasserfläche berührend, durch die Luft dahinfliehet. Im Aufsteigenden verschwinden hingegen die Gleitgestelle vollständig unter dem Wasser. In Ermangelung fast jeder Reibung mit dem Wasser ist das Steuer auf eine verschwindend kleine, wenige Zentimeter im Durchmesser haltende Fläche reduziert. Die Stabilität des Fahrzeuges wird durch die drei das Wasser berührenden Gleitflächen gewährleistet. Fortanini hat berechnet, daß eine geringere Vergrößerung der Gleitflächen eine Vermehrung der Schiffskraft auf 11,000 Kilogramm ermöglichen würde. Er erwartet auch von feiner Erfindung einen bedeutenden Fortschritt für die Lösung des Problems der Luftschiffahrt.

Eine Gesellschaft zur Fabrikation lenkbarer Luftschiffe ist in Paris auf Anregung des bekannten Automobilfabrikanten Charron hin gegründet worden. Dieser hat sich selbst mit 300,000 Franks beteiligt. Die neue Gesellschaft hat von Privatwätern einige Bestellungen auf Luftschiffe vom Typ der „Nautie“ erhalten, die mit einem 90-erbigem „C. G. D.“-Motor ausgerüstet werden. Ein weiterer Ballon wird von der Gesellschaft für öffentliche Versuchsfahrten gebaut, deren Preis pro Person etwa 1000 Franks betragen soll.

Aus aller Welt.

Bereitstellung eines Prägelplattens. Vorige Woche fand wie das „Volkswacht“ berichtet, beim Leipziger Reichsgericht die Verhandlung des Patents und Patentschutzrechts im Hinblick auf die Erfindung des Schmelzplattens statt. Die Verhandlung wurde von dem Reichsgericht in Leipzig abgehalten. Die Verhandlung wurde von dem Reichsgericht in Leipzig abgehalten. Die Verhandlung wurde von dem Reichsgericht in Leipzig abgehalten.

Gemeindewahlrecht für alle über 20 Jahre alten Gemeindeglieder ohne Unterschied des Geschlechts und die Aufhebung aller die Befugnisse der Gemeinden einschränkende geschlechtliche Bestimmungen zu propagieren.

Die Genossinnen von Groß-Berlin beantragen: In den Gemeindevorstellungen sind durch unsere Genossen unvölligste Rechte zu stellen zur Errichtung von Krippen und Kinderkassen durch die Gemeinden. Die Genossen und Genossinnen werden aufgefordert, in eine rege Agitation hierfür einzutreten.

Nach kurzer Debatte wurde die Resolution durch mit dem Antrag der Genossinnen angenommen.

Genossin Siegfried bringt folgende Resolution zum Fall Siegfried ein:

Der Preussische Parteitag hat mit Empörung davon Kenntnis genommen, daß gegen den seine Festungsstrafe verbühenden Genossen Liebschütz ein Verfahren einleitet ist, um ihm die fernere Ausübung seines Berufes unmöglich zu machen und seine wirtschaftliche Existenz zu vernichten.

Der Parteitag beantwortet dieses Vorgehen mit dem Beschlusse, den Kampf gegen die kapitalistische Ordnung unverzüglich wieder aufzunehmen und insbesondere nicht in dem Bestreben zu erlahmen, im Sinn und Geist des Beschlusses des internationalen Kongresses zu Stuttgart durch schließliche Aufklärung über das Wesen und den Zweck des Militarismus diesen als Werkzeug der Klassenherrschaft im Kampfe gegen den inneren Feind unbrauchbar zu machen.

Dem Genossen Liebschütz behaltet der Preussische Parteitag seine Anerkennung und Sympathie für die aufopferungsvolle mutige Entschlossenheit mit der er vor dem Reichsgericht den Standpunkt der Sozialdemokratie und damit das Interesse des Proletariats vertreten hat.

Die Resolution wird ohne Debatte einstimmig angenommen. Ueber den Schluß des Preussentages haben wir bereits berichtet.

Partei-Angelegenheiten.

Wahlrechts-Demonstrationen.

Berlin, den 27. November. (Wiederholt.) Nicht weniger als fünfzig Versammlungen waren allein in Groß-Berlin einberufen und alle überfüllt. Tausende drängten sich in den Sälen und Tavernen und Adersaufende füllten die Straßen vor und nach den Versammlungsorten — eine nichtorganisierte, aber darum desto wirkungsvollere Straßendemonstration, die an den 21. Januar 1906 erinnerte.

Frankfurt a. M. Eine wichtige Massenprotestkundgebung gegen die Junker- und Waffenkammer veranfaßten die Frankfurter Genossen. In zehn öffentlichen Volksversammlungen, die sämtlich gut besucht waren, wurde flammender Protest gegen die Verletzung der Volksrechte erhoben und einstimmig das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht gefordert.

schwarz auf weiß hat, daß er ein Prägelbaffe ist, wird er es doch glauben.

Die tote Hand. Belgien zählt augenblicklich 2761 Klöster mit 50.000 Mönchen. Die Anzahl Klöster übertrifft die der Gemeinden und die Zahl der Mönche die der Professoren der belgischen Armee!

Das Vermögen dieser Klöster schätzt Yves Guinet in seinem bekannten Werte folgendermaßen ein: Eigentumsvermögen, berechnet auf der Grundlage des katastralen Einkommens der Klöster 612,517,000 Fr., Wert der verpachteten Liegenschaften 117,411,000 Fr., Material, Hausrat und Ausrüstungsgegenstände nach dem Versicherungswert 305,418,000 Fr., zusammen 1,035,346,000 Fr.

Während den Jahren 1902 und 1907 ist die Zahl der katastralen Einkommenssteuer zufolge auf 1,225,000,000 Fr. gestiegen. Dieser Summe müssen noch die Zinsen und Obligationen, Anpöbeln, Kredite an Ungenossen und deren Mittel hinzugezählt werden, welche, nach der Schätzung, das Gesamtvermögen der Klöster auf zwei Milliarden Franken erhöhen.

Eine wahnsinnige Nacht aus dem Amtsgerichtsgefängnis in Spandau ist dem geisteskranken Arbeiter Schwann gelungen, der wegen eines gegen seine Gattin verübten Mordversuches fest in Unterjochungshaft lag. Nach Abbildung der Tagessperrung ist er in seiner Zelle den Schlüssel und den daran hängenden Siebelschloßstein ein. Mit Beibehaltung der Schlüssel angepöbelte, kletterte er bis zum Dach empor.

Der Doppelwahn des Gen darmereiwachtmeyers. Aus Larnow (Gauzen) wird telegraphiert: Wie berichtet, erkrankte der Gen darmereiwachtmeyer J. r den Koch Johann Wollweh und dessen 23jährige Tochter durch Bajonettschüsse, weil letztere seine Schwärmereien ablehnte.

St. Johann-Saarbrücken, 27. November. In einer heute Abend abgehaltenen Versammlung, die von circa 500 Personen besucht war, wurde gegen die Entziehung durch das vorinsultliche preussische Wahlrecht protestiert.

Die „hochverräterische“ Broschüre. Dem Genossen Leopold in Leipzig ist von der Oberreichsanwaltschaft auch das zweite Exemplar der diesem beschlagnahmten Broschüre Dr. Karl Liebknecht's „Militarismus und Antimilitarismus“ zurückgesendet worden, aber nicht als Buch, auch nicht geschwärzt, sondern zerhackt in wohngefährliche 624 Streifen von 1 bis 1 1/2 Zentimeter Breite.

Gemeindevorstellungen. In Leipzig ist die Sozialdemokratie bei den Gemeindevorstellungen mit 1959 gegen 1165 Stimmen den Sieg davon getragen. Es gehen vier Genossen zum ersten Male ins Stadtparlament ein.

In Flensburg im hohen Norden Neierten unsere Genossen bei den Gemeindevorstellungen am 22. November von 260 Stimmen der Vorwahl ihre Wählerkraft auf 749 Stimmen. Mandate waren indessen noch nicht zu erreichen, die Gegner erzielten 1084 und 1202 Stimmen.

Bei der Gemeinderatswahl im Vorort Pforten bei Gera, die am Sonntag Abend stattfand, errangen unsere Genossen einen glänzenden Sieg. Weiter wurden sämtliche Sozialdemokraten bei den in den letzten Tagen stattgefundenen Wahlen der Orte Döblich, Rödgen und Langenberg gewählt.

Arbeiterbewegung.

Die Kaufmannsgerichtswahlen in Straßburg brachten dem Zentralverbande deutscher Handlungsgeschäfte einen recht hübschen Erfolg. Auf seine Vorschlagsliste entfielen 108 unabhängige Stimmgelose, während die Deutschen Nationalen trotz wüstenartiger Agitation nur 51 Stimmen erhielten.

Die Sattler Leipzigs beschloßen in einer hartbesetzten Versammlung eine Eingabe an den Reichstag und an den Bundesrat, worin sie um Annahme des von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten Primararbeiterschutzes ersuchen.

Die gesamte Arbeiterschaft der chemischen Fabrik „Lift“, Inhaber E. de Haen in Seelze bei Hannover haben am Dienstag wegen Differenzen aus Mietsverträgen in den zum Betriebe gehörenden Wohnungen die Arbeit niedergelegt, nachdem mehrfach gescheiterte Verhandlungen zu einem annehmbaren Resultat für die Arbeiter nicht geführt haben.

Die Leipziger Abbrucharbeiter haben nach sechswochigem Streik die Arbeit nunmehr bedingungslos wieder aufgenommen. Es hatten sich gegen 100 Streikbrecher gefunden und die Untertnehmer hatten jede Verhandlung mit der Gewerkschaft, auch eine Einigung vor dem Gewerbegericht, stult abgewiesen.

Krisis in der Baumwollindustrie in Lancashire. Zwischen den Baumwollspinnern von Lancashire und ihren Arbeitern sind Differenzen ausgebrochen und es drohte zum Streik zu kommen. Die Arbeiter verlangten eine Lohnerhöhung von 12 1/2 bis 20 Prozent.

ersch dann seinen beiden Opfern Stiche mit dem Bajonett verlegte. Die Leichen wieten außer Schußwunden im Kopfe und in der Herzgegend an vielen Stellen des Körpers, darunter an den Händen, Schwunden an.

Kleine Chronik. Auf Antrag des Amtsgerichts Sieburg wurde in Frankfurt a. M. der 14 Jahre alte Arbeiter Wilhelm Straßburger wegen Körperverletzung mit tödlichem Ausgange verurteilt. Er hat in der Nacht vom 15. zum 16. d. M. den Arbeiter Franz Gwetter derart mißhandelt, daß der Tod sofort eintrat.

Am 27. November wurde ein schweres Unglück in der Fabrik der Maschinenfabrik in Kassel verübt. Ein schwerer Arbeiter unter sich. Der Obermonteur Einwärts aus Duisburg erlitt einen Schädelbruch und erlitt schwere innere Verletzungen, denen er noch auf dem Transport zum Krankenhause erlag.

Am 27. November wurde ein schweres Unglück in der Fabrik der Maschinenfabrik in Kassel verübt. Ein schwerer Arbeiter unter sich. Der Obermonteur Einwärts aus Duisburg erlitt einen Schädelbruch und erlitt schwere innere Verletzungen, denen er noch auf dem Transport zum Krankenhause erlag.

Schwerer Dienst. Fremder: „Bann ist Ihr Dienst zu Ende?“ — Nachwächter: „Wenn ich den Herrn Bürgermeister kenne, braucht das!“

1820 Friedr. Engels *. 1830 Der Komponist und Klaviervirtuose Anton Rubinstein *. 1851 Der Naturarzt Vincenz Priessnitz in Gräfenberg *. 1878 Verhängung des kleinen Belagerungszustands über Berlin.

Erwerbt das Staatsbürgerrecht!

In den Landtags- und Stadtverordnetenwahlen, die im Jahre 1908 stattfinden, dürfen nur Preußen teilnehmen. Aber hier wohnhaft aber Bayer, Sachse oder Angehöriger eines anderen deutschen Bundesstaats ist, besitzt kein Wahlrecht, auch wenn er seit Jahren in Breslau Steuern zahlt.

Die Frauen in der kommunalen Schulverwaltung. Eine größere Anzahl bürgerlicher Frauenvereine hat dieser Tage an den Breslauer Magistrat die folgende Petition gerichtet:

Der Magistrat sollte bei der zum 1. April 1908 in Kraft tretenden Neuordnung der Schuldeputation durch Verstaatlichung die Wahl der Mitglieder unter Nr. 3 des § 4 des Gesetzes betreffend die Unterhaltung der öffentlichen Volksschulen vom 28. Juli 1906 auf wenigstens vier weibliche und unter diesen vier Mitgliedern auch eine Lehrerin wählen, gemäß § 41. Absatz 1. Der Magistrat wolle zu allen Verhandlungen der Schuldeputation, welche das Mädchenschulwesen betreffen, auch Frauen als beratende Mitglieder anziehen, gemäß § 15 der Ministerialinstruktion vom 26. Juni 1811.

Von der nun fast hundert Jahre bestehenden Ministerialverwaltung, die ausdrücklich die Zulassung von sachverständigen Frauen zur kommunalen Schulverwaltung als beratende Mitglieder der Schuldeputationen vorsieht, war bisher nur in ganz wenigen Fällen Gebrauch gemacht worden. Wo das aber geschehen ist, hat sich die weibliche Mitarbeit durchaus bewährt, wie z. B. aus Tübingen berichtet wird.

Unsere Wahlrechtsdemonstration am vorigen Dienstag, die einen solch prächtigen Verlauf nahm, hat bei der hiesigen bürgerlichen Presse sehr gemischte Gefühle erweckt. In den freisinnigen Blättern kommt anscheinend so etwas wie verlegene Scham zum Ausdruck; sie stellen — die „Breslauer Morgenzeitung“ und die „Breslauer Zeitung“ — nur in fünf knappen Zeilen fest, daß die Versammlungen stattgefunden haben, ohne irgend eine Bemerkung daran zu knüpfen; der „Generalanzeiger“, der ja vorläufig wieder einmal auf einige Zeit zu den liberalen Blättern gezählt wird, schweigt sich vorläufig gänzlich aus.

Am roten Sonntag wollte man mit Revolutionsfanfaren in der Presse und mit Revolvern und Säbeln unsere Wahlrechtsbewegung erlösen; als man aber sah, wie sehr man sich blamiert hatte, will man es jetzt mit der anderen Taktik des Volksschweigens versuchen. Nur zu, ihr Herren; unsere Bewegung werdet ihr damit doch nicht aus der Welt schaffen.

Die Rigorosität der städtischen Steuerbeitragsstelle seit Einführung des Bringsystems haben wir schon des öfteren einer scharfen Kritik unterziehen müssen, und diese Kritik war um so berechtigter, als das neue Einkommensvergesetz in Verbindung mit der Einrichtung des Bringsystems gerade daran Schuld tragen, daß viele Unbemittelte, die von ihrem Einkommen keinen Vorrat sammeln können, mit ihren Steuern im Rückstande bleiben.

Aber sogar ungesetzliches Vorgehen müssen wir den zuständigen Magistratsstellen vorwerfen. Aus dem Arbeitersekretariat w. s. uns berichtet, daß dort fortgesetzt Klagen einlaufen, weil die Steuerbehörden wegen rückständiger Steuern Lohnpändungen vornehmen, selbst wenn die Steuern länger als drei Monate fällig sind.

Das Lohnbeschlagnahmegejet vom 21. Juni 1889 be-
sagt bekanntlich ausdrücklich, daß die Pfändung des Lohnes
nur erfolgen darf, „sofern die Steuern und Abgaben nicht
seit länger als drei Monaten fällig geworden sind“. Danach
ist also für Steuern aus dem Quartal Juli-September, da
diese am 16. August fällig waren, die Lohnpfändung nicht
mehr zulässig. Das sollte unseres Erachtens die Steuerbel-
treibungsbehörde wissen und beachten; wenn sie sonst schon
nicht geneigt ist, Rücksicht wachen zu lassen, so sollten
wenigstens die gesetzlichen Bestimmungen genau beachtet
werden. Das haben die Bewohner der Stadt zu fordern.
Wir erwarten, daß diese Zeiten dazu beitragen, die von uns
gerügten und von vielen schwer empfundenen Mißstände zu
beseitigen.

*** Pensionsanspruch der Gemeindebeamten.** Eine wichtige
Entscheidung fällt am 26. November das Reichsgericht. Die
Gemeinde Levern in Westfalen hatte im Dezember 1894 den
Sanitätsbeamten Meyer mit dessen ausdrücklichem Pensionsvertrag
als Gemeindebeamten angestellt. Der Aufstellungsbeschluß war vom
Stretsausschuß bestätigt worden. 1901 starb dann Meyer und
seine Hinterbliebenen erhoben Anspruch auf Witwen- und Waisen-
geld, das ihnen schließlich in der Berufungskommission zugesprochen
wurde. Die Gemeinde Levern sucht dies Urteil an. doch wurde
die Revision verworfen. Vor dem Tode Meyers kam nämlich
das preussische Kommunalbeamtengejet von 1899 in Kraft, nach
dem allerdings Aufstellungsverträge mit Pensionsvertrag zulässig
sind, wenn sie vom Stretsausschuß genehmigt sind. Nun ist
dieses Gesetz nicht erfüllt, doch erkannte das Reichs-
gericht die Genehmigung nicht als die vom Gesetz verlangte an,
da sie unter ganz anderen Verhältnissen erteilt worden sei. Sie
hätte deshalb nochmals bestätigt werden müssen, und da dies
nicht geschah, war Meyer pensionsberechtigt.

*** Verhaftung eines Breslauer Depotschein-Fälschers.**
Ein angeblicher Kaufmann Schramm aus Breslau wurde vor
einigen Tagen in Merseburg verhaftet, weil er versuchte, auf
Grund eines gefälschten, auf den Schlesischen Bankverein lau-
tenden Depotscheins von einer Halleener Bank Zahlung zu er-
schleiden. Durch Mißbrauch beim Schlesischen Bankverein war
festgestellt worden, daß der Verhaftete in in den dortigen Bank-
... auslegendes Depotscheine-Formular zu einer fiktiven
ganz großen Fälligkeit benutzt hatte. Ob der Schuldner aber
tatsächlich ein Breslauer Kaufmann ist und wie angegeben heißt,
erscheint sehr fraglich. Wie inzwischen festgestellt worden ist,
hat er nämlich einige Tage vorher unter einem anderen Namen
einen ganz gleichen klumpen Betrag gegen eine Berliner Bank
verkauft. In Breslau ist der Mann zuerst als Schloffer auf-
getaucht, der in der hiesigen Kunst- und Bauwerkerei von Saal
unter dem Vorgeben Beschäftigung nachsuchte, daß er in Berlin
in einer angesehenen Kunstschlofferei lange Zeit gearbeitet habe.
Nach den Papieren befragt, erklärte er, daß er infolge Zwistig-
keiten ausgeschieden sei und daher seine Papiere erst fordern
werde, wenn er zunächst den Nachweis führen könne, in einer
anderen großen Schlofferei Beschäftigung gefunden zu haben.
Als er aber eine entsprechende Versicherung von Herrn Saal
in Händen hatte, mietete er sich in der Nachbarschaft eine
möblierte Wohnung, pumpte auf den Schein hin seine Ver-
mögern an und verschwand auf Nummerwiedersehen.

Einem Eichenborff-Abend

veranstaltet der Bildungs-Ausschuß der organisierten Breslauer
Arbeiter-Schicht Sonntag, den 1. Dezember, Nachmittags 5 Uhr, im
Saale des Gewerkschaftshauses. Es gilt die Erinnerung an einen
der besten unserer schlesischen Lyriker, dessen fünfzigsten
Todesstag wir am 26. November begehen, wahrzunehmen, an einen
Liebhaber von fettem Rauber und fetter Innigkeit. Viele
seiner Dichtungen sind als Volkslieder noch heute in aller Munde;
wir erinnern nur an das köstliche Lied: „Wer hat dich, du schöner
Wald“, an das schlichte innige: „In einem kühlen Grunde“, und an
den herrlichen Chor: „O Taler weit, o Höhen“.

An der Veranstaltung wirken die Herren Schriftsteller Paul
Bartsch, Konzertsänger Kunzler und Pianist Hugo Markt, sowie
die Damen Rezitatorin Martha Rediegel und Konzertsängerin
Drehling mit, außerdem ein ausgewähltes Doppelquartett des Arbeiter-
Sängerbundes. Das anderlesene Programm verspricht uns einen
der genussreichsten Abende des gesamten Winterprogramms. Niemand
möge daher versäumen, sich rechtzeitig mit Eintrittskarten zu ver-
sehen, die zum Preise von 20 Pfg. im Partei-Sekretariat, in der
„Volksmacht“-Expedition, im Arbeiter-Sekretariat, im Gewerkschafts-
hause, in den Verbandsbüros, sowie bei den Distriktsführern zu
haben sind.

*** Die Polizeiverordnung über das Teppichklopfen.**
Der Polizeipräsident erinnert in einer Bekanntmachung im „Bres-
lauer Fremden- und Intelligenzblatt“ an die Polizeiverordnung, be-
zuzufolge das Klopfen von Teppichen, Decken, Betten, Matratzen,
Polstermöbeln und Kissen aller Art auf den Höfen, in Hausgärten
und zu den Fenstern hinaus an den Wochentagen nur in der Zeit
von 8 bis 11 Uhr Vormittags, an den Freitagen und Sonnabenden
außerdem von 4 bis 6 Uhr Nachmittags gestattet ist, sofern nicht auf
diese Tage ein gesetzlich gebotener Feiertag fällt. Das Klopfen auf
den Treppenhöfen und Hausfluren ist in Häusern, welche von
mehr als einer Partei bewohnt werden, verboten.

*** Nummer und Hilfsarbeiter.** Sonntag, den 1. Dezbr.,
Vormittags 11 Uhr findet im Gewerkschaftshaus eine Mitglieder-
Versammlung, Zimmer Nr. 1, statt. Es ist Pflicht der Kollegen,
zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Ferner den Kollegen zur
Kenntnis, daß sämtliche Mitgliederbücher beauftragt Kontrolle bis zum
15. Dezember eingezogen werden müssen. Es hat daher jeder sein
Buch beim Bezirkskassierer abgeben. Die Ortsverwaltung.

*** Kostenfreien brieslichen Stenographie-Unterricht** erteilt
die Abteilung für brieslichen Unterricht des Deutschen Arbeiter-
Stenographenbundes, Sitz Frankfurt a. M. Interessenten an allen
Stenographen erhalten den brieslichen Unterricht nach genauer
Anleitung, schriftlich und kostenfreie Durchsicht ihrer Arbeit durch
geprüfte Lehrer. Weitere Kosten als für Porto und Materialen
ermachen den Teilnehmern nicht. Anfragen sind unter Beifügung
des üblichen Portos an Louis Flach, Frankfurt a. M., Graubren-
nasse Nr. 35, zu richten.

*** Die freie Jugendorganisation** hält am Sonnabend, den
30. November, Abends 8 1/2 Uhr, ihre Mitglieder-Versammlung ab.
Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag, sowie sonstige interessante
Punkte. Kollegen, erscheint alle. Gäste willkommen.

*** Im Stadt-Theater** findet am Donnerstag die erste Auf-
führung von Ernst von Wildenbruch Schauspiel „Die Raben-
steinerin“ statt. — Am Freitag geht Offenbachs phantastische
Oper „Hoffmanns Erzählungen“ in Szene. — Am
Sonnabend gelangt zum 1. Male in dieser Spielzeit Mozarts große
Oper „Die Zauberflöte“ zur Aufführung. — Für Sonntag
ist eine Wiederholung der „Meisterlanger von Nürnberg“
angekündigt. (Anfang 7 Uhr.)

*** Im Lobe-Theater** gelangt am Donnerstag die
lustige Witwe zur Aufführung. — Am Freitag wird Viktor
Rogers Parodie „Wie man Männer fesselt“ wiederholt.
— Am Sonnabend eröffnet Alexander Girardi sein kurzes Gastspiel

in der Operette „Bruder Straninger von Oper.“
Am Sonntag wird Girardi den Dreiklässer Klug in Schillers
Bosse „Er und seine Schwester“ spielen. Der Vorverkauf
für das Gastspiel findet täglich von 10 bis 2 Uhr im Kassier der
Stadttheater statt. Die Preise sind mäßig erhöht. (Parlett
2,50 Mk. usw.)

*** Im Thalia-Theater** gelangt am Sonntag Besuch Haupt-
manns Schauspiel „Hubmann Henschel“ zum 1. Mal in
dieser Spielzeit zur Aufführung. Als letzte Volksvorstellung für
Gruppe D wird am Donnerstag Ernst von Wildenbruch Schau-
spiel „Die Haubenlerche“ wiederholt. Die Ausgabe der
Billette für die neuen Gruppen B und F erfolgt täglich von 10 bis
2 Uhr in der Nebentribüne des Stadttheaters. Die Billette für die
am Sonnabend stattfindende Volksvorstellung von Hofers Schwanf
„Der Bibliothekar“ werden am Freitag von 10 bis 1 Uhr
bei Herrn Eugen D. Bernhardt, Sadovastraße 50, ausgeben.

*** Schauspielhaus.** Heute Donnerstag beschließt Maria
Bolschicht ihr von so großem Erfolge begleitetes Gastspiel. Die
Künstlerin verabschiedet sich als Maria in Schillers „Demetrius“.
Als dritte vollständige Vorstellung, bei fast bis auf die Hälfte er-
möglichten Preisen kommt am Freitag Veres Operette „Der schone
Gardist“ zur Aufführung. Am Sonnabend findet die Premiere
von Suppes Operette „Das Modell“ statt. Am Sonnabend
Nachmittag gelangt als erste Schülervorstellung „Demetrius“
zur Aufführung.

*** Victoria-Theater.** Das brillante Novemberprogramm
mit der indischen Hindu-Tänzerin Kathi St. Olme, Willi Keager,
Der Geigenmacher von Cremona, The 5 Newboys, Eric Bled-
wenn usw. verbleibt in seiner jetzigen Zusammenstellung nur noch bis
Sonnabend bestehen. Es verläßt daher niemand, wer dieses inter-
essante Spezialitäten-Programm noch nicht gesehen, dem Blick-
Theater einen Besuch abzustatten. Dons haben nach wie vor
Billette, Anfang präzis 7 1/2 Uhr. — Eine internationale
Kongress-Konferenz um die Meisterhaft von 5000 Mark
land für das Jahr 1907/08 und den Selbstpreis von 5000 Mark
wird ab 1. Dezember im hiesigen Victoria-Theater ihren Anfang
nehmen. Es haben sich bereits eine Menge internationaler Ringer
gemeldet und werden noch zur Teilnahme an diesem Welt-Pro-
fessionall-Ringer von Renommee zugelassen. Das Schiedsgericht be-
steht aus bekannter und unparteiischen hiesigen Sportleuten. Ein
ausführliches Namensverzeichnis der bereits gemeldeten Ringer
bringen wir in unserer morgigen Ausgabe.

*** Eine allgemeine Viehzählung** hat auf Beschluß des
Bundesrates nach der vom Ministerrat des Innern erlassenen Anweisung
am Montag, den 2. Dezember, im preussischen Staate stattzufinden.

*** Eine Zählung der leerstehenden Wohnungen** und
Geschäftslokale in Breslau findet am 2. Dezember d. J. durch
das statistische Amt unter Mitwirkung der Königl. Polizei-Kom-
missariate statt, um das erforderliche Material zur Beurteilung der
gegenwärtigen Lage des Wohnnahrungsmarktes zu gewinnen.

Die Ausstellung der Königl. Kunst- und Kunstgewerbe-
schule im Schlesischen Museum für Kunstgewerbe und Altertümer,
Graupenstraße 14, ist bis einschließlich 1. Dezember 1907 verlängert
worden.

*** Ein Portemonnaie** mit 60 Pfg. Inhalt wurde in der
Protestantischen Kirche in Bergeller gefunden. Dasselbe kann beim
Distriktsführer Vogel, Waterloostraße 50, in Empfang genommen
werden.

*** Mit Beschlag belegt** wurde eine goldene Brosche aus drei
Stäben mit einem blauen, einem weißen und einem roten Stein.

*** Feuer.** In dem Grundstück Ring 60 gerieten am
26. d. M., Nachmittags, einige in die Wand am Schornstein ein-
gelassene Stufen in Brand. Die Feuerwehr löschte mit der Hand-
drücke. — Feuer wurde die Feuerwehre nach Mathiasstraße 14 ge-
rufen, wo in einer Tischlerei ein Teil der Dichtung in Brand geraten
war. — Am 27. d. M., Vormittags, erfolgte ein Alarm nach
Ohlauufer 8. Es handelte sich um einen Schornsteinbrand.

*** Vermißt** wird seit dem 11. d. M. das 20 Jahre alte Dien-
mädchen Vincencia Bisovicet, welches bei einer Familie Göttsche
Nr. 75 in Stellung war.

*** Sachbeschädigung.** Am 26. d. M., Nachmittags, wurden
auf der Kaiser Wilhelmstraße zwei vor einem Dominalwagen ge-
spannte Pferde scheit und überanrannten einen Gasanhebeler, der voll-
ständig zertrümmert wurde. Der Kutscher Fritz vom Post, erlitt
aber keine Verletzungen.

*** Zusammenstoß.** Am 26. d. M., stieß auf der Schweid-
nitzerstraße eine Kradbrochle mit einem zweispännigen Kaffwagen zu-
sammen, das Sattelpferd wurde ungerissen und geschleift, wobei es
verletzt wurde.

*** Einbrecher.** In ein Milch- und Buttergeschäft auf der
Klosterstraße drang ein Dieb unter Anwendung eines Nachschlüssels.
Der Einbrecher dürfte nur nach Geld gesucht haben, da er alle Sachen
unberührt gelassen hat.

Aus Schlesien und Posen. Das Dreiklassenparlament

wurde außer an den gestern mitgeteilten Orten noch in folgen-
den Städten zum Gegenstand einer scharfen Kritik gemacht. So
wird uns berichtet aus

Neumarkt:

Eine große Demonstrations-Versammlung fand am Dienstag,
den 26. d. M., Abends, im „Gelben Löwen“ statt. Es nahen
wohl 300 Personen, darunter viele vom Lande, sein, welche
gegen das heutige Selbstparlament protestierten und dafür
das gleiche, geheime und direkte Wahlrecht forderten. Der Re-
ferent, Genosse Schramm, Breslau, beendete in seinem
Vortrage recht eingehend das heutige Klassenparlament und die
Zusammensetzung unseres gegenwärtigen Landtages. Er forderte
die Anwesenden auf, nicht eher zu ruhen, als bis den Wünschen
des Volkes Rechnung getragen worden ist. Ebenso forderte der
Referent die anwesenden Frauen auf, Schützerin an Schützer mit
ihren Männern zu kämpfen, sowie dieselben anzuhalten, Mitglied
ihren politischen Organisation und Leiter der „Volksmacht“ zu wer-
den. Reichem Beifall erntete er für seinen Vortrag. Nachdem eine
dementsprechende Resolution einstimmig angenommen wurde,
schloß der Vorsitzende mit einem Hoch auf das freie Wahlrecht
die Versammlung. Zum Schluß brachte der Gesangsverein „Freie
Sänger“ das Jahreslied von Jakob Audorf zu Gehör, das von
den Anwesenden gut aufgenommen wurde.

Striegau:

Die im „Fürst Bismard“ abgehaltene Protestversammlung
war von über 600 Personen besucht. Der große Saal war bis
auf den letzten Platz besetzt. Genosse Gewerkschaftssekretär P o h j e
von hier referierte über den Kampf ums preussische Wahlrecht.
Die vorgeschlagene Resolution wurde einstimmig angenommen.
Nur ein Polizeibeamter war anwesend.

Waldburg:

Die Protestbewegung gegen das Dreiklassenwahlrecht ist in
unserem Kreise im Gange. Sonntag erfolgte die Vorbereitung
eines Flugblattes in einer Auflage von 34.000. Dienstag Abend
fanden außerdem vier Versammlungen statt, und zwar in Alt-
wasser, Fellhammer, Neu-Salzbrenn und
Gottesberg, in welchen die Genossen Teuber
Springer, Tholl und Pohl referierten. Die Protest-
resolutionen wurden überall einstimmig angenommen. — Unsere
Resolutionen werden aber noch viel Arbeit zu leisten haben,
einge die ganze Bevölkerung und vor allem die Bergarbeiter, der
einerseits wichtigsten Wahlrechtsfrage die volle Aufmerksamkeit schenkt.
Das Verständnis für ihre große Bedeutung zu fördern, ist für
die nächste Zeit unsere Hauptaufgabe, vor der die übrigen vor-
läufig zurücktreten müssen.

In Reichelau

sprach vor einer gut besuchten Versammlung Genosse Feld-
mann-Langenbielau. Die Versammlung trug einen ernsten,
würdigen Charakter. Die Schulkamenschaft war wohl auf hö-
here Ordre distret ferngehalten worden. Selbstverständlich fand
die bekannte Resolution einstimmige Annahme.

Bunzlau.

Die für den 26. November einberufene Protestver-
sammlung erfuhr eines außerordentlich starken Be-
suches. Genosse Schöb sprach unter großem Beifall über
die bevorstehenden Wahlrechtskämpfe und forderte zur strengen
Organisation auf. Eine Diskussion fand nicht statt. Der Vor-
sitzende verlas hierauf eine im Sinne des Referats gehaltene
Resolution, die einstimmig zur Annahme gelangte. Nach einem
Schlußwort des Genossen Schöb wurde die Versammlung mit
einem dreimaligen Hoch auf die Sozialdemokratie geschlossen.

Posen.

In zwei öffentlichen Volksversammlungen protestierte die
Arbeiter-Schicht gegen die Dreiklassenwahl des preussischen
Landtages. Es war das erste Mal, daß in Posen zwei
große Versammlungen zu gleicher Zeit abgehalten werden konn-
ten. Die Versammlung für die Altstadt und die Wallseite
die im Saale des Hotel de Sage stattfand, war überfüllt, so-
daß Tische und Stühle entfernt werden und der größte Teil
der Versammlungs-Teilnehmer stehen mußte. Hier referierte Ge-
nosse Schulz in deutscher und Genosse Hasek-Katowich
in polnischer Sprache. — In der Versammlung für die Stadt-
teile Wlba, Jerzyk und St. Lazarus, im Saale des „Schwei-
gerthals“ in Wlba ging der Genosse Grembski in polnischer
und Genosse Strojusz in deutscher Sprache mit dem sters-
besten aller Wahlsysteme ins Gericht. In beiden Versammlun-
gen, die namentlich von bolschewistischen Arbeitern stark besucht waren,
wurde außer der vom „Vorwärts“ vorgeschlagenen noch die fol-
gende Resolution angenommen:
„Der preussische Landtag ist ein Klassenparlament; seine
Tätigkeit entspricht ausschließlich den Interessen der privilegier-
ten und herrschenden Klassen und ist gegen die Interessen und
Bestrebungen der breiten Volksmassen gerichtet. Die Politik
der Ausnahme-gesetze gegen die polnische
Bevölkerung ist von Anfang bis zu Ende
das Werk des preussischen Landtages.“
Die Versammlung betrachtet das Dreiklassenparlament, das der
Wahl zum preussischen Landtag zu Grunde liegt, als
eine traurige Rechtslosigkeit.“

Öffentliche Protestversammlungen:

gegen das Dreiklassenwahlsystem in der Provinz
Schlesien finden ferner statt:

- Barthwitz:** Sonnabend, den 30. November, Abends 8 Uhr,
in der „Stadt Regnitz“.
- Strehlen:** Sonntag, 1. Dezember, Nachmittags 3 Uhr, bei
Herrn Herden, Frankensteinstraße.
- Regnitz:** Sonntag, 1. Dezember, Nachmittags 3 Uhr, im
Gewerkschaftshaus.
- Gorau:** Sonntag, 1. Dezember, Nachmittags 3 1/2 Uhr, bei
Herrn Kris Hübner.
- Belstertwitz:** Sonntag, 1. Dezember, Nachmittags 3 Uhr, bei
Herrn Schaar.
- Ströbel:** Sonntag, 1. Dezember, Nachmittags 3 Uhr, im
Sattlerischen Lokal.
- Freiburg:** Sonntag, 1. Dezember, Nachmittags 3 Uhr, im
Gewerkschaftshaus.
- Reigelsdorf:** Sonntag, 1. Dezember, Nachmittags 3 Uhr,
bei Herrn Süßmann.
- Schweidnitz:** Sonntag, 1. Dezember, Nachmittags 3 1/2 Uhr,
im „Rekorten“.
- Alt-Warthau:** Sonntag, 1. Dezember, Nachmittags 3 Uhr,
bei Wendrich, Neu-Warthau.
- Liebau:** Sonntag, 1. Dezember, Nachmittags 3 Uhr, in
„Stadt Berlin“.
- Neustadt:** Sonntag, 1. Dezember, Nachmittags 4 Uhr, im
Gewerkschaftshaus.
- Wallmühl:** Sonntag, 1. Dezember, Nachmittags 3 1/2 Uhr,
im Saale zum „Grafen Waldersee“.
- Sagan:** Sonntag, 1. Dezember, Nachmittags 4 Uhr, in
Polnischmarchen, Hermanns Lokal.
- Schwiebederg:** Montag, 2. Dezember, Abends 8 Uhr, im
„Schlüssel“.
- Sirchberg:** Dienstag, 3. Dezember, Abends 8 Uhr, in
Tunnersdorf, Andreaschänke.

Arbeiter und Arbeiterinnen, gestaltet die Protestversammlungen
zu einer wichtigen Kundgebung gegen das Dreiklassenwahlsystem.
Die Versammlungsleiter werden ersucht, uns von der Redaktion des
„Vorwärts“, Berlin SW. 68, Lindenstraße 69, über die Zahl der
Teilnehmer an den Versammlungen und die Annahme der Resolution
sofort Mitteilung zu machen.

Was kostet ein Volksschüler?

Nach der neuesten Zusammenstellung werden für einen
Volksschüler in den hiesigen Bundesstaaten jährlich auswendig:
Bremen 77 Mark, Hamburg 74 Mark, Lübeck 69 Mark, Anhalt
51 Mark, Sachsen 50 Mark, Preußen 48 Mark, Hessen 48 Mark,
Bayern 46 Mark, Meiningen 45 Mark, Koblenz-Gotha 45 Mark,
Braunschweig 44 Mark, Oldenburg 44 Mark, Weimar 43 Mark,
Württemberg 42 Mark, Sondershausen 42 Mark, Baden 40 Mark,
Medienburg-Schweinf 40 Mark, Alenburg 40 Mark, Elbst-
Vöhringen 39 Mark, Neuh. i. L. 38 Mark, Waldeck 35 Mark,
Westenburg-Stralitz 33 Mark, Rudolstadt 33 Mark, Neuh. a. L.
30 Mark, Schaumburg 28 Mark, Detmold 25 Mark. Auch unter
einen einzelnen preussischen Provinzen bestehen große Verschieden-
heiten. Es werden auf: Berlin 95 Mark, Schen-Krahnau 60 Mark,
Schleswig-Holstein 56 Mark, Rheinland 51 Mark, Brandenburg
50 Mark, Hannover 49 Mark, Westfalen 47 Mark, Sachsen
44 Mark, Pommern 43 Mark, Ostpreußen 39 Mark, Schle-
sien 39 Mark, Westpreußen 38 Mark, Posen 35 Mark.
In G r ö r l i c h beläuft sich die Aufwendung pro Kopf eines
Volksschülers auf etwa 48 Mark, also auf die Hälfte des Be-
trages, der in Berlin für einen Volksschüler aufgewendet wird.
Als Gegenstück zu diesem schmalen Aufwand für einen
Volksschüler sei erwähnt, daß dem preussischen Staate ein
Schüler der höheren Schulen mehrere hundert Mark kostet! So
läßt man in Preußen die Kulturaufgaben.

Klein-Leubusch, 27. November. In der letzten
Gemeindevertreter-Sitzung wurde zunächst Ge-
nosse S o p p e r t in den Schulvorstand wiedergewählt, trotzdem
der Landrat seine Bestätigung verweigert hat. Zum zweiten Punkt
wurde der Antrag erörtert, ob die Gemeinde sich dem Kreis-
Krankenhause-Verbande Schreieborn anschließen soll. In frü-
heren Sitzungen wurde dieser Antrag abgelehnt, da verschie-
dene andere Gemeinden ihre Zustimmung ebenfalls noch nicht
gegeben hatten und das Krankenhaus erst gebaut werden sollte,
worauf aber nur ein Baufonds von 35.000 Mark vorhanden ist.
Genosse Kramer begründete in längeren Ausführungen den
Antrag auf Anschluß. Er führte den Anwesenden insbesondere
die segensreichen Wirkungen vor Augen, und wurde die hier-
auf abgelehnten Beschlüsse, daß das Krankenhaus sei-
nen Zweck nicht erfüllen werde.
Nach lebhafter Debatte wurde dann der Anschluß mit 13
gegen 2 Stimmen beschlossen. — Ein Antrag unserer Genossen,
auf Verlegung der Sitzungen aus dem Gasthaus in die Schule
wurde abgelehnt, und zwar mit 5 gegen 7 Stimmen.
Die Gemeindevertreterversammlung fand ö f f e n t l i c h statt,
was bisher seltener und ungehöriger Weise nicht geschah.

Stredien, 27. November. Auf dem Dache... ein Kreis, der sich nicht zu helfen weiß... die liberalen Parteien, die sich jetzt in einer arbeitsamen Lage befinden.

Stredien, 26. November. Christliche Kauf... Kolde. Und willst Du nicht mein Bruder sein, dann schlag' ich Dir den Schädel ein... nach diesem Motto schienen die von christlichen Kapitulanten aufgebehten christlichen Arbeiter zu verhalten.

Reichenbach, 28. November. Die Stadtvorordneten... sich abwärts zwischen den Kandidaten der liberalen Parteien, Arbeitervereiner, Diakone, und dem sozialdemokratischen Lager.

Kattowitz, 28. November. Vom elektrischen Strom... getötet wurde der in der Daildonshütte bei Kattowitz beschäftigte Arbeiter Sobytz auf Balence kurz vor Schluss der Schicht.

Kattowitz, 28. November. Vom elektrischen Strom... getötet wurde der in der Daildonshütte bei Kattowitz beschäftigte Arbeiter Sobytz auf Balence kurz vor Schluss der Schicht.

Kattowitz, 28. November. Vom elektrischen Strom... getötet wurde der in der Daildonshütte bei Kattowitz beschäftigte Arbeiter Sobytz auf Balence kurz vor Schluss der Schicht.

Kattowitz, 28. November. Vom elektrischen Strom... getötet wurde der in der Daildonshütte bei Kattowitz beschäftigte Arbeiter Sobytz auf Balence kurz vor Schluss der Schicht.

Kattowitz, 28. November. Vom elektrischen Strom... getötet wurde der in der Daildonshütte bei Kattowitz beschäftigte Arbeiter Sobytz auf Balence kurz vor Schluss der Schicht.

Kattowitz, 28. November. Vom elektrischen Strom... getötet wurde der in der Daildonshütte bei Kattowitz beschäftigte Arbeiter Sobytz auf Balence kurz vor Schluss der Schicht.

Kattowitz, 28. November. Vom elektrischen Strom... getötet wurde der in der Daildonshütte bei Kattowitz beschäftigte Arbeiter Sobytz auf Balence kurz vor Schluss der Schicht.

Das Feindliche Gerichtsverfahren eingeliefert worden. B. hatte mit dem Mann ein Verhältnis, das nicht ohne Folgen geblieben war.

Stredien, 28. November. Mädchenhändler. Die Kattowitzer Polizei verhaftete die beiden Mädchenhändler Friedmann

18. Ziehung 5. Klasse 217. Königl. Preuss. Lotterie.

Table with lottery results for the 5th class of the 217th Prussian lottery. It includes the date (November 27, 1907), the prize amount (240 Mark), and a list of winning numbers categorized by prize class (1st, 2nd, 3rd, 4th, 5th, 6th, 7th, 8th, 9th, 10th).

und Binowicz aus Lublin, in deren Gesellschaft sich zwei schwang- drige Mädchen aus Berlin befanden. Die Verhafteten gaben an, daß die Mädchen, mit denen sie nach New York reisen wollten, mit ihnen verheiratet seien; der läbliche Traubrief war indessen falsch.

Stredien, 27. November. Umfag- und Wert-u-wach- sener. Am Freitag genehmigten die Stadtvorordneten die Umfag- sener mit 1 Prozent bei bebauten und 2 Prozent bei unbebauten Grundstücken und die Wertumwachssener.

18. Ziehung 5. Klasse 217. Königl. Preuss. Lotterie.

Table with lottery results for the 5th class of the 217th Prussian lottery. It includes the date (November 27, 1907), the prize amount (240 Mark), and a list of winning numbers categorized by prize class (1st, 2nd, 3rd, 4th, 5th, 6th, 7th, 8th, 9th, 10th).